

Svenja Goltermann, Die Gesellschaft der Überlebenden. Deutsche Kriegsheimkehrer und ihre Gewalterfahrungen im Zweiten Weltkrieg, München: DVA 2009, 592 S., EUR 29,95 [ISBN 978-3-421-04375-7]

Über die Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs auf die Soldaten der Wehrmacht zu schreiben, ist noch immer ein brisantes Geschäft. Ambivalenzen des Empfindens und des Urteilens werden an den Text herangetragen und in ihn hineingelesen. So hat die Arbeit der Freiburger Historikerin Svenja Goltermann mit skeptischen Nachfragen zu rechnen: Entgeht sie der Gefahr, Leiden aufzurechnen? Fällt sie einem »Viktimisierungsdiskurs« anheim, der alle irgendwie zu Opfern erklärt? Riskiert sie, unser Bild von traumatischen Stressbelastungen (das PTSB-Syndrom) auf die Nachkriegszeit zurückzuprojizieren? Gelingt es ihr überhaupt, anhand von 450 ausgewerteten Krankenakten ein Porträt »der Gesellschaft der Überlebenden« zu zeichnen? Beachtet sie die Interaktionen zwischen medizinisch-psychiatrischen Wissensdiskursen, vergangenheitspolitischen Interessenkämpfen, medialen Präsentationen und privaten bzw. familiären Artikulationen? – Eine der zentralen Thesen des Buches besteht darin, die Veränderung der öffentlichen (medialen, fachlichen, politischen) »Sagbarkeitsregeln« von kriegerischen Gewalterfahrungen nachzuzeichnen. Die durchaus gemischte Resonanz, die diese preisgekrönte Studie auslöste, belegt, dass der Kampf um die Sagbarkeiten noch nicht an seinem Ende angekommen ist. Die Autorin kann das mit einer schlagenden Replik (»Stern«, 49/2009, S. 70) verdeutlichen: Kann ihre Studie etwas über die »ganze Generation der Kriegsheimkehrer sagen? ›Die Frage wird fast reflexartig gestellt‹, sagt Goltermann. ›Das ist erstaunlich. Denn wenn ich auch nur mit einer einzelnen Akte die psychischen Folgen der KZ-Haft schildern würde, würden alle sagen: Das ist nur die Spitze des Eisbergs.«

Der Blick von dieser Spitze erfasst drei grundlegende Aspekte. Im ersten Teil nimmt die Autorin die in »Erinnerungsfragmenten« der ersten fünf Nachkriegsjahre auflitzenden Verstörungen, Beschämungen und Selbstzweifel von Kriegsheimkehrern unter die Lupe. Die verbreitete Sprach- und scheinbare Teilnahmslosigkeit, die Ängste und Selbstvergessenheit will sie nicht umstandslos als Zeichen der Schuldabwehr verstanden wissen. Vielmehr zeige sich darin ein »schwieriger und schmerzhafter Suchprozess« mit »offenem Ausgang« (S. 161 f.). Kriegserfahrung und erzwungener Neuanfang erzeugten eine »innere Unruhe«, die tief in der Wiederaufbaugesellschaft verankert war und sie zu einer »verlängerten Bannzone des Krieges« machte. Der zweite und Hauptteil der Arbeit wendet sich dem medizinisch-psychiatrischen Fachdiskursen der 1950er und 1960er Jahre zu. Dieser Blickwechsel ist alles andere als willkürlich oder methodisch leichtfertig. Die Historikerin versteht es, die Resistenzen und Wandlungen des wissenschaftlichen (psychiatrischen, medizinischen und psychosomatischen) Wissens als Teil eines komplizierten und in die sozialstaatlichen Arrangements der Kriegsopferversorgung, der Rentenordnung und der Wiedergutmachungsverfahren eingelassenen Prozesses zu beschreiben. Dessen Ergebnisse produzierten soziale Bedeutungen von hoher Relevanz – in Form von Anerkennung (oder Anerkennungsverweigerung), von Sagbarkeiten (oder Schweige- und Schamdiktagen), von Zurechenbarkeiten (oder Umadressierungen) und damit von gesellschaftlicher wie persönlicher Verantwortbarkeit (anstelle von »angeborenen« und »anlagebedingten« Dispositionen).

Goltermann zeigt, wie weit die »herrschende Lehrmeinung« in der Psychiatrie bis in die erste Nachkriegs- und Zwischenkriegszeit sowie die »frontnahe Psychiatrie« des Zweiten Weltkriegs zurückreichte. Ihre Basisannahme bestand in der These persönlichkeitsbegründeter Schädigungen, denn man ging davon aus, dass die psychische Belastbarkeit des Menschen schlechthin unbegrenzt sei, sodass psychische Störungen letztlich die Virulenz einer schon vorhandenen, aber latenten Abnormität anzeigten. Kriegsofferansprüche waren vor diesem Hintergrund nur schwer durchzusetzen. Dieser tradierte Topos psychiatrischen Wissens widersprach zwar der im privaten Wissen vorgeformten Annahme über die Destruktivität extremer Gewalterfahrungen (wie sie sich in den »Erinnerungsfragmenten der ersten Nachkriegsjahre« erkennbar niederschlug), verbannte deren öffentliche Sagbarkeit und rentenanwartschaftliche Beglaubigung aber in die zweite Reihe. Erst an der Wende zu den 1960er Jahren setzte sich allmählich ein psychiatrischer Perspektivwechsel durch, der dem Topos einer »erlebnisbedingten Persönlichkeitsveränderung« (Venzlaff) zu Geltung und Anerkennung verhalf. Damit, und das ist gleichsam die Pointe von Goltermanns Beweisführung und der Übergang zum dritten Teil der Arbeit, verschoben sich auch allmählich die Grenzen des öffentlich Sagbaren – und damit die Diskurse in der allgemeinen Erinnerungskultur der 1960er Jahre.

Dies geschah unter einem doppelten Anstoß, der auf die Thematisierungen der NS-Verfolgungsschicksale zurückging. Vorbereitet und angestoßen wurde der Wandel des psychiatrischen Leidens- und Krankheitsbegriffs wesentlich von dem sozialpolitischen und sozialmoralischen Handlungsdruck (auch aus dem westlichen Ausland) auf das deutsche Wiedergutmachungsrecht, in dem schließlich – Mitte der 1960er Jahre – die sogenannte KZ-Vermutung ausreichte, um eine Erwerbsminderung zu begründen. Erlebnisreaktive Schädigungen wurden hier – nach langen Verschleppungen – endlich anerkannt. Eine vergleichbare Diagnostik und Spruch-

praxis für Kriegsheimkehrer ließ indessen auf sich warten; bei ihnen galt noch lange der Vorwurf einer »Flucht in die Krankheit«. Hinzu kam das – bis in die heutige Zeit virulente – moralische Argument der Unvergleichlichkeit von kriegs- und verfolgungsbedingten Leiden, das zusätzlich gegen Kriegsopferansprüche vorgebracht wurde. In diesem Befund steckt die vielleicht provozierendste These des Buches: Die Anerkennung von Verfolgungsschäden, die selbst beträchtliche Hürden zu überwinden hatte, trug mittelbar dazu bei, die Anerkennung von Kriegsfolgeschäden in den Hintergrund zu rücken. Während die Kriegsheimkehrer noch in den 1950er Jahren die Debatte über die Folgenbewältigung beherrscht hatten, traten sie in den 1960er Jahren hinter NS-Verfolgten zurück, insbesondere als deren fortdauernde psychische Leiden eine wachsende Akzeptanz erfuhren. Das lag – ein zweiter Aspekt – auch an der öffentlichkeitswirksamen Befassung mit den NS-Verbrechen, denen während der 1960er Jahre zunehmende mediale Aufmerksamkeit zuteil wurde, während die Kriegsteilnehmer einerseits erfolgreich in der »Wiederaufbaugesellschaft« verschwanden und ihre Wahrnehmung andererseits durch mediale »Täterbilder« – der »normale« Verwaltungsmassenmörder vom Typ eines Eichmann – überformt wurde.

Kriegsheimkehrer und NS-Verfolgte wurden nun in der Medienöffentlichkeit völlig unterschiedlich wahrgenommen – auch und gerade im Hinblick auf ihre seelischen Folgeschäden. Zwar gelang es aufgrund der veränderten psychiatrischen Lesart von ereignisbezogenen Leiden nun besser, die privaten Erfahrungen in den psychiatrischen Diskurs einzubringen; die Schwelle des öffentlich Sagbaren senkte sich für die Kriegsteilnehmer dadurch jedoch nicht automatisch. So sei es zu erklären, schließt Goltermann, »dass mindestens in den folgenden zwei Jahrzehnten nicht im öffentlichen Bewusstsein stand, der Zweite Weltkrieg könne bei den deutschen Soldaten irgendwelche psychischen Leiden hinterlassen haben« (S. 448). Das sollte sich erst im Laufe der 1990er Jahre ändern – und auch das nur im Gefolge heftigster Erinnerungspolitischen Konflikte, etwa um die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht«.

Klaus Nauman

Christina Ullrich, »Ich fühl' mich nicht als Mörder«. Die Integration von NS-Tätern in die Nachkriegsgesellschaft, Darmstadt: Wiss. Buchges. 2011, 355 S. (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, 18), EUR 49,90 [ISBN 978-3-534-23802-6]

Die vorliegende Marburger Dissertation geht der Frage nach, wie es NS-Tätern gelang, sich in der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu etablieren. Beispielhaft werden neunzehn Biografien von Angehörigen vorwiegend der Einsatzgruppen sowie der Sicherheits- und Ordnungspolizei vorgestellt. Alle genannten Personen waren an Einzel- und Massenmorden in der Sowjetunion, aber auch in der Slowakei und in Griechenland beteiligt. Etliche kamen aus dem Polizeidienst freiwillig oder durch Versetzung zur Gestapo, andere hatten zuvor zumeist kleinbürgerliche Berufe ausgeübt, wenige besaßen einen Hochschulabschluss. Auf Grund der Klassifizierung der SS als verbrecherische Organisation durch das Nürnberger alliierte Militärtribunal wurden die meisten der hier in Rede stehenden Personen nach Kriegsende zunächst interniert und vor eine Spruchkammer geladen. Diese

fällte allerdings keine Urteile wegen möglicher Kriegsverbrechen, sondern erstellte die Unterlagen für das spätere Entnazifizierungsverfahren.

Natürlich schönten die Betroffenen ihren Kriegseinsatz dort, wo er justiziabel werden konnte. Die Autorin weist für jeden Einzelfall akribisch nach, wie entsprechend fingierte Lebensläufe entstanden, nämlich zumeist in kollektivem Zusammenwirken des ehemaligen Kameradenkreises, nicht zuletzt durch wechselseitig falsche eidesstattliche Erklärungen. Diese kaschierten die Funktionen während des Kriegseinsatzes so, dass sie keine Rückschlüsse auf Beteiligungen an Kriegsverbrechen zuließen. Die Rechtsbeistände der Angeklagten bildeten die Knotenpunkte in diesem Netzwerk von Entschuldung und Selbstentschuldung. Diese Taktik erwies sich als wirkungsvoll, weil den Spruchkammern und den Entnazifizierungsbehörden nahezu sämtliche Unterlagen fehlten, um den Wahrheitsgehalt der gemachten Aussagen zu überprüfen. So erfuhren alle hier betrachteten Personen eine Einstufung ihrer NS-Aktivitäten, die für ihre berufliche und gesellschaftliche Re-etablierung keine besonderen Hemmnisse darstellte. Durch Freunde und Gönner begünstigt, fanden alle ein berufliches Unterkommen, selbst im Polizeidienst, wo sie, bestens beurteilt, Karriere machten. Zum Beispiel brachte es einer von ihnen zum Chef des rheinland-pfälzischen Landeskriminalamtes.

Zweifelsfrei begünstigte die in der Bundesrepublik viel geübte und nachhaltig dargestellte Kunst des Vergessens, flankiert von einer entsprechenden Gesetzgebung in der Adenauer-Ära, die berufliche Eingliederung. Dies belegt u.a. der ins Grundgesetz aufgenommen Artikel 131. Er sah die Wiedereinstellung politisch belasteter öffentlich Bediensteter vor, das dazu gehörige Ausführungsgesetz in einem spezifischen Paragraphen selbst solcher der Gestapo, sofern sie von Amts wegen in diese übernommen worden waren.

Man muss dennoch die Intention der Dissertation, den politischen Umgang der frühen Bundesrepublik mit den Tatverdächtigen aus dem konsequenten Bestreben nach Vergessenmachen der NS-Vergangenheit zu erklären, beispielhaft relativieren. Die Autorin betont ganz richtig, dass für die Adenauer-Ära außenpolitisch die äußere Sicherheit auf der Grundlage eines fundamentalen Antikommunismus und Antisowjetismus im Vordergrund gestanden habe, mit einer innenpolitischen Konsolidierung als Voraussetzung. Aber gerade die Realisierung dieser Sicherheitspolitik macht deutlich, dass man Lehren aus der NS-Zeit, vor allem aus der Militärgeschichte zu ziehen gewillt war. Zwar wurde die politisch belastete bundesdeutsche Justiz personell nicht ausgewechselt, weshalb z.B. der Wehrmachtrichter-Schwinge Rektor der Marburger Universität und der Marine-Richter Filbinger Ministerpräsident von Baden-Württemberg werden konnten. Aber für die Bundeswehr wurde die Militärgerichtsbarkeit und -geistlichkeit in Uniform abgeschafft. Die politisch verantwortlichen »Väter der Bundeswehr« hatten sich zudem mit dem Personalgutachterausschuss, in dem sich Vertreter auch der Kirchen und Gewerkschaften befanden, eines Instrumentariums bedient, mittels dessen sie die Übernahme solcher ehemaliger Wehrmachtoffiziere ab dem Rang eines Obersten in die neue deutsche Armee zu verhindern suchten, deren Identifikation mit dem demokratischen Rechtsstaat wegen ihres Verhaltens im »Dritten Reich« fraglich erschien. Keine andere Berufsgruppe hat vergleichbare Anstrengungen unternommen. Der gewollte »Bürger in Uniform« war ein Novum in der Militärgeschichte schlechthin. Ein Blick in das vierbändige Werk »Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956« (München 1982–1997) hätte hier Aufschluss gegeben.

Belastete Offiziere sind zahlreich in der Wirtschaft gelandet, was auch für den Personenkreis dieser Dissertation gilt. Die meisten Täter bevorzugten die berufliche Unauffälligkeit, weil sie befürchteten, sonst doch noch in ihrer wahren Identität entlarvt und von ihrer Vergangenheit eingeholt zu werden, zumal sich etliche auf Kriegsverbrecherlisten befanden.

Sich schon früher andeutend, fand in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ein tendenzielles Umdenken im Umgang mit dem Nationalsozialismus statt, das eine systematische strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern zum Ziel hatte. In der Schaffung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg fand dieser gesellschaftliche Wille seinen Ausdruck, auch wenn deren Arbeit auf spitzfindige Weise von zahlreichen Länderjustizbehörden behindert wurde, was ungesagt bleibt. Allein diese Tatsache ließ erahnen, wie deutsche Gerichte mit ermittelten NS-Tätern umgehen würden. Genau das wird an dem Personenkreis der Studie demonstriert. Deren Mitglieder wurden zwar ausnahmslos wegen Beihilfe zum Einzel- und Massenmord verurteilt, aber die Urteile blieben weit hinter dem Strafmaß, das die deutsche Rechtsprechung erlaubt hätte, zurück. Vielen strafbaren Tatbeständen wurde juristisch keine Beachtung geschenkt. Unverhältnismäßig frühe Haftentlassungen waren die Regel.

Dem Leser liegt eine beispielhafte Aufarbeitung des Umgangs von Tätern und Justiz mit dem Phänomen des NS-Massenmordes in Okkupationsgebieten vor. Durch eine straffere thematische Struktur der Untersuchung hätten sich - dies als kritische Anmerkung - auffällige sachliche und sprachliche Wiederholungen vermeiden und die Qualität des Buches noch erhöhen lassen.

Hans-Erich Volkmann

Dieter E. Kilian, Politik und Militär in Deutschland. Die Bundespräsidenten und Bundeskanzler und ihre Beziehung zu Soldatentum und Bundeswehr, Berlin: Miles 2011, 625 S., EUR 44,80 [ISBN 978-3-937885-36-0]

Dieter E. Kilian, pensionierter Oberst i.G. der Panzertruppe, ist bereits mit einer voluminösen Veröffentlichung von 556 Seiten zur Admiralität und Generalität der Bundeswehr unter die Chronisten gegangen. Dabei schmerzte ihn besonders, dass die militärischen Führer zwar zur Elite des Landes gehörten, dennoch aber nicht zur Prominenz zählten, sondern lediglich eine Rolle im »Halbschatten« spielten. Tatsächlich aber sieht sich wohl die überwiegende Zahl bundesdeutscher Spitzenmilitärs dem von Alfred Graf von Schlieffen 1903 Generalstabsoffizieren mit auf den Weg gegebenen Wahlspruch: »Mehr sein als scheinen« verpflichtet und unterscheidet sich schon auf diese Weise von den Spitzenmilitärs anderer Staaten. Kilian hält die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft für zu gering – eine Aussage, die von empirischen Untersuchungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) allerdings nicht geteilt wird. Eine gewisse Mitschuld für das ihn bedrückende Entschwinden des Soldaten aus dem öffentlichen Bewusstsein schreibt er dabei dem Verhalten der Bundespräsidenten und Bundeskanzler zu, deren Nähe oder Distanz zur Bundeswehr er aufzeigen will.

Mit dem vorliegenden Buch sprengt Kilian ebenfalls die einengenden Fesseln einer auf Kürze und Präzision getrimmten historischen Wissenschaft und widmet seinem Thema 625 Seiten. Im Umfang liegt auch eine besondere Stärke des Buches, denn im Kern wird jeder einzelne Truppenbesuch der Bundespräsidenten von Theo-

dor Heuss bis Horst Köhler, der Bundeskanzler von Konrad Adenauer bis Angela Merkel sowie jede einzelne deren offiziellen Äußerungen zur Bundeswehr eben genau wie in einer Chronik akribisch erfasst.

Welche Quellen der Autor dazu benutzt hat, bleibt allerdings offen. Die herangezogene Literatur hingegen ist genau in den Fußnoten verzeichnet. Präzise wären die Besuche der Politiker bei der Bundeswehr nur über deren dienstliche Kalender zu erfassen gewesen, die wahrscheinlich nicht zugänglich waren. So mag es sein, dass eben doch nicht alle Besuche der Würdenträger bei der Bundeswehr erfasst worden sind. Ähnliches gilt natürlich auch für die Vollständigkeit bei Auswahl ihrer Presseverlautbarungen und Reden. Ob offizielle Presseverlautbarungen oder öffentliche Reden nun tatsächlich die wahre Einstellung eines Bundespräsidenten oder Bundeskanzlers zur Bundeswehr deutlich machen, oder ob solche auf ihre Außenwirkung zielenden Quellen nicht unter Umständen sogar die wahre Meinung überdecken können, bleibt offen. Eine solche quellenkritische Betrachtung liegt allerdings auch nicht im Interesse des Autors, der ja kein wissenschaftliches Werk erstellen wollte.

Wo aber könnte ein an der Bundeswehr interessierter Leser sonst erfahren, dass Bundeskanzler Helmut Schmidt am 13. Juli 1976 zusammen mit »Marineinspekteur Günter Luther (1922–1997; später Admiral) und Berndt von Staden (*1919; später Staatssekretär), dem deutschen Botschafter in Washington«, an Bord des Zerstörers »Hessen« weilte. Und woher ließe sich sonst erfahren, dass der damalige Kommandant des Schiffes »Klaus Schwabe« (*1938; später Kapitän z.S.) wurde. Wo immer es geht, wird jeder Soldat, den Kanzler oder Präsidenten bei der Truppe trafen, namentlich erfasst, wird versucht Geburtsjahr und Todesjahr zu ermitteln und stets angemerkt, welchen Dienstgrad der jeweilige Soldat noch erreicht hat. So ist zudem auch manchmal sogar zu erfahren, wer wessen Bataillons-, Brigade-, Divisionskommandeur oder Korpschef wurde. Diese wahre Sisyphusarbeit belegt den unglaublichen Fleiß des Verfassers sowie den ausgeprägten Hang zum kleinsten Detail.

Seinen Urteilen über Nähe oder Distanz der einzelnen Bundeskanzler oder Bundespräsidenten zum Militär mag man folgen oder nicht, das gleichsam nebenbei erstellte »Who is Who« in der Bundeswehr beeindruckt in jedem Fall. So entsteht ganz bewusst gewollt eine Art Erinnerungsbuch an die Soldaten, die in den letzten sechzig Jahren in der Bundeswehr gedient haben. Gleichzeitig werden die Lebensbiografien von Kanzlern und Präsidenten vorbildlich erfasst und für den Leser, dem diese nicht so geläufig sind, aufbereitet.

Die Kontakte zwischen Bundespräsidenten und Bundeskanzlern zur Bundeswehr sind, so das abschließende Urteil, zumeist repräsentativer Art, ihre Zahl habe allerdings in den letzten Jahren immerhin zugenommen. Dass die Bundeswehr »keinen dauerhaft personifizierten Bezugspunkt« hat, muss ihr jedoch nicht unbedingt zum Nachteil gereichen, verhindert dies doch, dass die Streitkräfte bei Fall oder Sturz von Politikern in diesen Ämtern einen solchen Bezugspunkt jäh verlieren und dabei selbst Schaden erleiden.

Durchaus richtig beanstandet Kilian, dass so manche sicherheitspolitischen Themen in parteilichen Grabenkämpfen zerrieben wurden, und stellt fest, dass eine gewisse Distanz zur bewaffneten Macht wohl aus den spezifischen historischen Erfahrungen der Deutschen mit Streitkräften herrührt. Sein Appell, Politiker sollten doch mit ihren militärischen Beratern auf gleicher Augenhöhe verkehren, »ohne sofort unbequemen Widerspruch mit dem Argument der Verletzung

des Primats der Politik im Keim zu ersticken«, leuchtet zwar ein, erfordert allerdings auch die Bereitschaft militärischer Berater ohne Rücksicht auf vermeintliche oder wirkliche Nachteile ihre Meinung den Politikern vorzutragen.

Reiner Pommerin

Streitkräfte im Nachkriegsdeutschland. Hrsg. von Hans-Jörg Bücking und Günther Heydemann, Berlin: Duncker & Humblot 2011, 193 S. (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 101), EUR 78,00 [ISBN 978-3-428-13522-6]

Das Buch enthält eine heterogene Sammlung von Aufsätzen, die eine Auswahl der Vorträge darstellen, die bei dieser Gesellschaft Anfang März 2007 gehalten wurden. Unnötigerweise wird das Buch durch einen 15-seitigen Text der Herausgeber eingeleitet, der in trockenem Ton die Ergebnisse der gedruckten Aufsätze referiert, als ob man dem Leser die Lektüre der einzelnen Aufsätze ersparen wolle.

Die Beiträge selbst sind von sehr unterschiedlichem Charakter. Zwei von ihnen referieren Strategiefragen und sicherheitspolitische Entwicklungen aus der Sicht eines ehemaligen Generals (Generalleutnant a.D. *Klaus Olshausen*) und eines Admirals (Konteradmiral a.D. *Sigurd Hess*). Sie bieten demjenigen, der die Entwicklung der Bundeswehr und der Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte einigermaßen verfolgt hat, keine neuen Einsichten, sind aber gut geschrieben und informativ für die grundlegende Information von Laien.

Zwei weitere Artikel sind von Politikern verfasst. Der Aufsatz des CDU-Abgeordneten *Eckart von Klæden* dürfte wegen seiner pointierten Auffassung zu den rechtlichen Handlungsspielräumen der Regierung bei militärischen Einsätzen heftigen Widerspruch in der politischen Community hervorrufen, falls er dort überhaupt wahrgenommen wird. Der Aufsatz von *Werner E. Ablaß* zum Übergang von der NVA zur Bundeswehr bringt für denjenigen, der seine früheren Erinnerungen kennt, auch keine besonderen Einsichten. Ähnliches ist zu dem Beitrag von *Gerd Strohmeier* zu sagen. Er ist eine Zusammenfassung der vorher schon veröffentlichten Untersuchung zur Berufszufriedenheit von Bundeswehrsoldaten, die vom Bundeswehrverband durchgeführt wurde.

Genuin Neues bieten zwei Aufsätze zur Entwicklung der NVA. *Marco Metzler* analysiert die Sicherheitspolitik und Streitkräfteentwicklung der NVA, berücksichtigt dabei auch deren Aufgaben bei der Herrschaftssicherung im Inneren der DDR sowie die politische und ideologische Erziehung der Truppe. Auch das Ende dieser Armee, ihr Einsatz zur Aufrechterhaltung der maroden Wirtschaft und ihre Rolle bei der friedlichen Revolution werden berücksichtigt.

Daniel Niemetz bietet eine instruktive Zusammenfassung seiner Dissertation zum feldgrauen (Wehrmacht-)Erbe der NVA. Hier wird die Rolle sowohl der wenigen Hundert Wehrmachtoffiziere genauso herausgearbeitet wie die zunehmende Proletarisierung und Kommissorientierung der NVA durch die vielen Unteroffiziere und Mannschaften der Wehrmacht in den Offiziersrängen der NVA, ein Faktor, der auch zur Delegitimierung der NVA beigetragen hat.

Der umfangreichste und interessanteste Aufsatz unter dem Gesichtspunkt neuer Überlegungen ist der von *Jörg Echternkamp* zur Entwicklung der deutschen Militärgeschichtsschreibung seit 1945. Hier wird der Versuch unternommen, geradezu alles zu berücksichtigen, was zu diesem Thema von Bedeutung ist. Aller-

dings ist nur schwer ersichtlich, was dieser Aufsatz zum Buchtitel beizutragen hat. Eine Anmerkung technischer Art zu diesem Text sei erlaubt: Wenn so viel Literatur in den Fußnoten verarbeitet wird, sollten nur kurze Hinweise im Text gegeben werden und eine Literaturliste am Ende stehen.

Insgesamt ist das Buch informativ, allerdings auf weiten Strecken eher für Nicht-Fachleute. Die drei wirklich auch wissenschaftlich interessanten Aufsätze von Echternkamp, Niemetz und Metzler sind aber auch für Fachleute von Interesse. Unerfindlich aber ist, warum die Herausgeber vier Jahre gebraucht haben, um diese Texte zu publizieren, wenn nicht einmal alle Beiträge zu dieser Konferenz in den Band aufgenommen wurden.

Martin Kutz

Maria Höhn and Martin Klimke, A Breath of Freedom. The Civil Rights Struggle, African American GIs, and Germany, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2010, XXVIII, 254 S., £ 15.99 [ISBN 978-0-230-10473-0]

Im Zentrum des anzuzeigenden Buches steht ein Paradox: Die amerikanische Armee, die im Zweiten Weltkrieg im Namen von Freiheit und Demokratie gegen Hitler-Deutschland und den nationalsozialistischen Rassenwahn kämpfte, beruhte ihrerseits auf zutiefst rassistischen Strukturen, die sich über das Kriegsende hinaus hielten und auch in der amerikanischen Besatzungszone augenfällig wurden. Diese Konstellation stieß eine Vielzahl von Dynamiken und Dialektiken an sowohl in den deutsch-amerikanischen Beziehungen als auch innerhalb der USA und, im Zeichen des Kalten Krieges, im deutsch-deutschen Verhältnis.

Hatten während des Ersten Weltkrieges die Führer der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung den Kriegsdienst als ein Mittel zur Überwindung der Segregation in den Südstaaten gesehen, so sahen sie sich nach 1918 bitter getäuscht. Auch die im Zeichen des Aufstiegs der Nationalsozialisten in der afroamerikanischen Presse immer wieder gezogenen Vergleiche zwischen dem nationalsozialistischen Antisemitismus und dem amerikanischen Rassismus und den entsprechenden Gesetzen und Gewalttaten in Deutschland und den Südstaaten vermochten an der Segregation nichts zu ändern. Und es sollte nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg noch schlimmer kommen: Die konsequente Rassentrennung in der Armee, die bis hin zu separaten Blutkonserven reichte, ließ viele Afroamerikaner aus dem Norden und Westen erstmals das Ausmaß der Segregation in den Südstaaten spüren und machte diese zu einer gesamtamerikanischen Angelegenheit.

Auch die Besatzungstruppen im besiegten Deutschland wurden in den amerikanischen Militäreinrichtungen diesem Regime unterworfen. Hingegen vermochten viele afroamerikanische GIs schon bald Kontakte zur deutschen Zivilbevölkerung zu knüpfen und erlebten erstmals eine Gesellschaft ohne institutionalisierte Rassenschränken. Dass gerade die amerikanischen Militärbehörden diese Entwicklung, die auch amouröse und sexuelle Kontakte zwischen afroamerikanischen Soldaten und deutschen Frauen umfasste, argwöhnisch beobachteten und etwa deutsche Wirte zur Einhaltung segregationistischer Praktiken anhielten, ließ den amerikanischen Entnazifizierungs- und Demokratisierungsanspruch in den Augen der afroamerikanischen GIs, der Bürgerrechtsbewegung, aber auch mancher Deutscher unglaublich erscheinen. Auch in Washington wurde man sich des Problems zunehmend bewusst. Im Sommer 1948 ordnete Präsident Harry S. Truman

das Ende der Segregation in der Armee an, was vor Ort aber noch lange Jahre kaum Auswirkungen zeitigte. Der Grundsatzentscheid der Bundesregierung war aber wegweisend für den 1954 gefällten Spruch des Obersten Gerichtshofes, dass die Segregation an Schulen illegal sei.

Diese Konstellation sensibilisierte Zivilbevölkerung und Politik in beiden deutschen Staaten für die Anliegen der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Der Berlin-Besuch von Martin Luther King im Herbst 1964 mobilisierte auf beiden Seiten der Mauer die Menschen. Ende der 1960er Jahre kam es dann zu einer temporären Allianz zwischen der deutschen Studentenbewegung, die ihre Anti-Vietnamkriegs-Agitation gezielt auch auf die afroamerikanischen Besatzungstruppen ausdehnte, und der Black Panther Party nahestehenden Besatzungssoldaten. Die Verhaftung der afroamerikanischen Kommunistin und Soziologin Angela Davis in Kalifornien im Jahre 1970 rief eine gewaltige Solidaritätswelle in westdeutschen Linkskreisen hervor und wurde in der DDR, die bereits in den 1960er Jahren verschiedentlich amerikanische Bürgerrechtsaktivisten eingeladen hatte, propagandistisch ausgeschlachtet. Zwei DDR-Besuche von Angela Davis nach ihrer Freilassung in den Jahren 1972 und 1973 wurden zu im Zeichen des offiziellen Anti-Imperialismus stehenden Massenereignissen mit Demonstrationen, Konzerten und Seminaren. Diese im sich als offen und tolerant inszenierenden SED-Staat bislang so unbekannten Veranstaltungen sind rückblickend als »Rotes Woodstock« charakterisiert worden.

Zeitgleich eskalierten in den frühen 1970er Jahren die Probleme bei den amerikanischen Besatzungstruppen immer mehr mit zunehmend offenen antirassistischen Protesten afroamerikanischer GIs. Vermehrt wurden nicht nur diskriminierende Praktiken seitens des Militärs, sondern auch seitens deutscher Behörden und Zivilisten angeprangert, etwa in mehreren Untersuchungen von Bürgerrechtsorganisationen. Als Reaktionen verurteilten die führenden Exponenten der sozial-liberalen Koalitionsregierung, allen voran Kanzler Willy Brandt, öffentlich jeglichen Rassismus gegen afroamerikanische GIs. Außerdem wurde ein millionenschweres Programm zur Modernisierung von Infrastruktur für amerikanische Soldaten aufgelegt. Damit waren Politiken der »equal opportunities« und »affirmative action«, wie sie in den USA als Reaktion auf die Bürgerrechtsbewegung zunehmend zum Standard wurden, auch in der Bundesrepublik angelangt.

Insgesamt versteht es das anzuzeigende Buch in hervorragender Weise, diese komplexen transnationalen Zusammenhänge quellengestützt und gut lesbar darzulegen. Ergänzt wird der Text durch eine interessante Auswahl von Illustrationen, die sowohl Fotografien als besonders auch Cartoons aus der Presse der Bürgerrechtsbewegung umfassen. Kurzum: ein Stück engagierter Geschichtsschreibung vom Feinsten.

Christian Koller

Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg: Hamburger Edition 2010, 736 S., EUR 35,00 [ISBN 978-3-86854-222-6]

Dass der spätere »Guru« der 68er-Bewegung, der Soziologe Herbert Marcuse, während des Zweiten Weltkrieges in den Diensten des US-amerikanischen Geheimdienstes gegen den Nationalsozialismus kämpfte, ist seit Langem bekannt. Dass

er auch lange nach dem Krieg in staatlichen, halbstaatlichen und jedenfalls der intellektuellen Kriegführung zuzuordnenden Zusammenhängen arbeitete, hatte sich dagegen bisher weniger herumgesprochen. Tim B. Müller hat sich mit seiner an der Humboldt-Universität Berlin entstandenen Dissertation zur Aufgabe gemacht, diesen weißen Fleck auf der ideengeschichtlichen Landkarte auszufüllen.

Das Werk ist mehrschichtig angelegt. Müller stellt die wesentlichen zivilen und politischen Strategien der USA im Kampf gegen den Sowjetkommunismus vor; er beschreibt die Arbeitsweise der Nachrichtendienste; er betrachtet ausführlich die Rolle der philanthropischen Stiftungen, allen voran der Rockefeller-Stiftung, und er beschreibt die Entwicklung des eigentlichen Gedankengebäudes seiner Protagonisten. Müllers Grundthese lautet, dass die Entwicklung des Marcuseschen Denkens nicht losgelöst von der Entwicklung der Umstände seines Denkens und Forschens betrachtet werden kann.

Der Band beginnt mit einer Geschichte der U.S. Intelligence Community in der Übergangsphase vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg. Er nimmt dabei Herbert Marcuse und seine engsten Mitstreiter aus der Zeit des Krieges, vor allem Franz Neumann, in den Blick. Mit beeindruckender Literaturkenntnis und einer breiten Quellenbasis (obwohl das amtliche Schriftgut noch immer nicht uneingeschränkt zur Verfügung steht) geht Müller auch solche heikle Fragen an wie die, ob Neumann zeitweise für die Sowjetunion spionierte habe. Dabei referiert er die verschiedenen in der Literatur vertretenen Positionen und ist zugleich zurückhaltend genug, dort nicht zu spekulieren, wo die Quellen nichts Verbindliches hergeben.

Der Blick richtet sich im nächsten Abschnitt auf die Arbeitsweise der Rockefeller-Foundation, denn diese finanzierte Anschlussprojekte, in denen Marcuse, aber auch Neumann, Felix Gilbert oder Stuart Hughes unterkamen. Dabei ging es zunächst um eine vordergründig unpolitische Analyse der sowjetischen Ideologie. Die Grundannahme dieser Linksintellektuellen war dabei, dass der Stalinismus keine reine Strategie zur Machterhaltung darstellte, sondern auf marxistischen Denkprinzipien beruhte, von diesen aber in signifikanter Weise abwich.

Der Marxist Marcuse schien berufen, ein solch großangelegtes Forschungsprojekt anzuleiten. Erstaunlicherweise geriet er dabei kaum in Konflikt mit den Kommunistenjägern der McCarthy-Ära, denn es gelang zu verdeutlichen, dass die Gegenüberstellung des »wahren« marxistischen Denkens und des Stalinismus dazu dienen sollte, die Differenz zwischen beiden herauszuarbeiten und so das sowjetische System von innen heraus zu zersetzen.

Die Rockefeller-Stiftung hatte sich die Erhaltung einer freien und unabhängigen Forschung, gerade auch in philosophisch-geisteswissenschaftlichen Fragen zur Aufgabe gemacht. Das aber war keineswegs unpolitisch: gerade die Freiheit des Andersdenkenden sollte die Überlegenheit des westlichen Systems über die geistig verarmende Sowjetunion und ihre Satelliten deutlich heraustreten lassen. »Terror und Traum, sozialistische Verheißung und sowjetische Entgleisung wurden getrennt« (S. 521).

Marcuses bedeutendste wissenschaftliche Werke entstehen in dieser Zeit oder sind doch in ihr angelegt: »Eros and Civilization« erscheint 1955, »Soviet Marxism: A Critical Analysis« 1958, und auch das Werk »One-Dimensional Man« (1964) verdankt, wie Müller belegen kann, seine wesentlichen Grundgedanken den Studien aus den 1950er Jahren. Daher ist es irreführend, im Licht von Marcuses Rolle in der 68er-Bewegung seine Jahre im Dienste der USA als eine damit nicht zusam-

menhängende frühere Etappe seiner Biografie zu deuten. Marcuses Denken erwuchs aus genau jener Wissenschaftslandschaft heraus, die hier quellengestützt und zugleich höchst lesbar geschildert wird.

So gewinnt neben der nuklearstrategischen Bedrohung und dem wirtschaftlichen Wettlauf der Systeme auch die Ideenkonkurrenz im Kalten Krieg an Gewicht. Die Förderung durch die Rockefeller-Stiftung und die organisatorische Anbindung an die universitäre Landschaft erlauben Marcuse den Spagat, gleichzeitig die Wissenschaftsfreiheit der liberalen Systeme zu nutzen und eine kritische, aus intellektuell-marxistischem Denken heraus entstandene Distanz zu diesen »kapitalistischen« Systemen zu wahren.

Herbert Marcuse war deutscher Emigrant. Anders als etwa Hans Rothfels aber brachte er sich, das belegt der vorliegende Band eindrucksvoll, zunehmend in die amerikanische Wissenschaftslandschaft ein. Dabei machte er sich die spezifischen Diskursformen seiner Umwelt und gerade auch der Institutionen, die ihn förderten, nachhaltig zu eigen. Ein Satz wie »Einzelne Dokumente, die den Wunsch nach einer Remigration auszudrücken scheinen, sind mit sorgfältigerer Quellenkritik zu lesen, als es Marcuses Deuter in Deutschland zumeist getan haben« steht beispielhaft für die abgewogene, quellengestützte und immanent aus Marcuses eigenem Denken ableitende Arbeitsweise des Autors.

Die Geschichte des Kalten Krieges wird gelegentlich weitgehend ent-ideologisiert als die einer geostrategischen Auseinandersetzung geschrieben. Der hier vorliegende Band lenkt aber in überzeugender Weise den Blick darauf, dass die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen Blöcken, sondern auch eine zwischen Denksystemen und Ideologien war. Er schreibt ein Stück faszinierender Ideengeschichte, ohne dabei trocken oder langweilig zu werden – im Gegenteil regt Tim B. Müller hier oder da sogar zu einem Schmunzeln an. Er hat damit die Bedeutung von Ideengeschichte wieder einmal beeindruckend herausgearbeitet, zugleich aber unser Verständnis sowohl der Biografie von Herbert Marcuse als auch des Kalten Krieges an wichtigen Punkten vertieft.

Winfried Heinemann

Klaus Froh, Chronik der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der DDR 1956–1990, Berlin: Köster 2010, 796 S. (= Forum moderne Militärgeschichte, 2), EUR 39,80 [ISBN 978-3-89574-745-8]

Die Veröffentlichung von Chroniken rangiert in der Wissenschaftswelt eher selten unter den hochgelobten Werken – und doch nehmen Wissenschaftler und interessierte Laien solche Werke gerne zur Hand. Unumstößliche Tatsache ist, dass sie als Faktensammlung und Informationsquelle unentbehrlich sind. Hier ist nicht der analytische große Wurf gefragt, sondern auf der Basis einer soliden Konzeption eine akribische Sammlung von Daten, Fakten und Personalien. Damit haben solche Darstellungen unabhängig von der großen wissenschaftlichen Analyse ihren hohen Stellenwert als Nachschlagewerk in der Historiografie.

Die Chronik der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der DDR von Klaus Froh, selbst ehemals Angehöriger der NVA und ausgewiesener Militärgeschichtshistoriker, ist eine solche, von hoher Sachkenntnis und genauer Recherche geprägte Publikation. Froh hat in dreieinhalbjähriger Arbeit in Fachbibliotheken, in Archiven und mit Hilfe von Fachkollegen und Zeitzeugen ein Standardwerk für den

Nachweis der wichtigsten militärpolitischen, militärischen, aber auch Kultur- und sportlichen Ereignisse in den drei wichtigen Organen der DDR-Landesverteidigung vorgelegt.

Die NVA, 1956 aus dem Vorläufer »Kasernierte Volkspolizei« gegründet – leider geht die Chronik nicht auf diese ein – entstand als eine Koalitionsarmee des Ostblocks im Kalten Krieg. Sie war, wie die DDR selbst, geografisch an der Nahtstelle von NATO und Warschauer Pakt gelegen, geprägt von der Auseinandersetzung der Gesellschaftssysteme am Rande des »heißen« Krieges. Damit wird eine solche Chronik zwangsläufig auch zur Faktensammlung der Geschichte des Kalten Krieges. Umso verdienstvoller ist es, dass der Autor nicht nur die Tagungen des Komitees der Verteidigungsminister der Warschauer Pakt-Staaten sowie der Militärratssitzungen des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte nachweist, sondern nahezu lückenlos die großen Kommandostabs- und Truppenübungen der Paktarmeen und der NVA aufführt. Besonders erwähnenswert ist, dass im Band auch zu den großen Übungen der NATO im Herzen Europas Informationen zu finden sind, selbst wenn sich hier zum Teil noch die Sprache des Kalten Krieges wiederfindet. Zudem verzeichnet der Band alle 78 Sitzungen des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, die zugleich die Militärpolitik der DDR reflektieren. Freilich können die Protokolle selbst seit 2008 im Internet eingesehen werden.

Wie es einer solchen Chronik eigen ist, bemüht sich der Autor, die historischen Abläufe möglichst minutiös darzustellen. Damit reflektiert der Band den Aufbau und die Entwicklung der NVA als Koalitionsarmee im Ostblockbündnis, die Entwicklungen der einzelnen Teilstreitkräfte, Waffengattungen und Dienste, wobei er auch die Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen der NVA nicht auslässt. Besonders zu würdigen, weil in dieser Übersichtlichkeit kaum zu finden, ist die jahresweise Auflistung der neueingeführten Waffen und Technik in die NVA sowie die Erfassung der meisten Kommandeure ab Regimentsebene oder gleichgestellter Dienststellen aufwärts. Damit wird die NVA-Geschichte personalisierter, ist doch geschichtlicher Fortgang zugleich das Handeln von Menschen. Die Suche erleichtern ein 1980 Namen zählendes Personenregister ebenso wie die Auflistung aller Traditionsnamen von Einheiten, Kasernen sowie Schiffen und Booten der NVA und der Grenztruppen sowie ein Schlagwort- und ein Abkürzungsverzeichnis. Vieles von dem, was in der DDR noch unter strengster Geheimhaltung lag, ist nunmehr leicht und praktisch nachzuschlagen.

Bei einem solchen Kompendium an Fakten ist natürlich das System der Auswahl mitentscheidend. Froh wählt einen breiten Ansatz. Anhand seiner Zusammenstellung lassen sich die Strukturen, die Ausrüstung, die Ausbildung, und einiges zum Alltag in NVA, Grenztruppen und Zivilverteidigung finden. Auch Probleme werden nicht verschwiegen, so der Einsatz von Soldaten beim Mauerbau, in der Volkswirtschaft oder besondere Vorkommnisse in den Dienststellen wie Fahnenfluchten, Unfälle oder Kriminalität. Letztere geraten allerdings sehr kurz. Natürlich ist es nahezu unmöglich, alle Militärattachés zu nennen, alle Unfälle in der NVA aufzuzählen. Hier ist Auswahl gefragt, sind Lücken zu akzeptieren. Die Auflistung von Briefmarkeneditionen, Fernsehsendungen zur NVA, Wettbewerbsaufrufen, Messen und zum Neuererwesen erscheinen hingegen eher entbehrlich.

Der Autor stützt sich, wie er in der Einleitung schreibt, auf die 1988 im Militärverlag der DDR erschienen Zeittafel zur Militärgeschichte der DDR 1949–1988. Damit übernimmt er zugleich viele Fakten und Diktionen, die für die DDR-Propa-

ganda wichtig waren. Sie hinterlassen beim Leser manchmal ein wenig das Gefühl des fehlenden kritischen Abstands. Wie für Chroniken typisch, bemüht sich der Autor, weitgehend auf wertende Aussagen zu verzichten und die Fakten sprechen zu lassen. Aber schon das konzeptionelle Herangehen und die Auswahl der Daten und Ereignisse bergen eine selektive Wertung. Froh wählt, seinem Konzept (vgl. S. III) entsprechend, »rein« militärische Daten für sein Handbuch aus und vermag damit stolze 775 Seiten zu füllen. Auch für die DDR wichtige militärpolitische Daten werden aufgeführt.

Auf politische Eckdaten des Kalten Krieges aber verzichtet der Autor weitgehend. Damit gehen natürlich Hintergründe für militärpolitische und militärische Entscheidungen verloren. So taucht die Ostblockkrise von 1956 gar nicht auf, vom sowjetischen Einmarsch in Afghanistan erfährt man nur über den Eintrag zu den XXII. Olympischen Spielen in Moskau 1980 und deren Boykott durch den Westen. Hinzu kommt, dass der Leser beispielsweise im Frühjahr und Sommer 1968 eine Reihe von Übungen des Warschauer Paktes findet, der Zusammenhang mit der Intervention in der Tschechoslowakei zur Niederschlagung des »Prager Frühlings« aber nur Eingeweihten deutlich wird. Über die Polnische Krise 1980/81 erfährt man da schon mehr. Dass aber die polnische Armee für das Offensivkonzept des Warschauer Pakt als militärische Kraft auf dem westlichen Kriegsschauplatz nun ein unsicherer Kantonist geworden war und die NVA im Militärbezirk V diesen Ausfall notfalls kompensieren sollte, wird nicht ersichtlich. Umso erfreulicher ist, dass dort, wo die frühere DDR-Zeitafel nicht mehr hinreichte – zur Geschichte der Wendezeit – eine gute Reflektion des politischen Rahmens erfolgt und sich auch die Diktion verbessert.

Gleichzeitig ist dem Autor hoch anzurechnen, dass er nicht völlig dem Geleitwort seines ehemaligen Chefs und Direktors des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Generalmajor Brühl, folgt, der erneut den Verfassungsauftrag der NVA als allein äußeres Schutzorgan benennt und so die innere Funktion des stärksten bewaffneten Organs der DDR als Stütze der SED-Herrschaft zu negieren versucht. So finden sich der innere Auftrag der NVA, über den es genügend Dokumente gibt, zwar nicht in der Chronik, durchaus aber über die Hundertschaften der NVA, die im Sinne der Regierenden den friedlichen Protest der DDR-Bürger im Herbst 1989 niederknüppeln sollten. Im letzten Abschnitt der Chronologie verdeutlicht sich das politische Geschehen in seiner Wirkung auf die Waffenträger dann doch noch eindrucksvoll. Vielleicht wäre insgesamt ein Weniger an parteipolitischen Aktivitäten in der NVA und ein Mehr an politischer Einordnung für die Nutzung des Nachschlagewerk noch besser gewesen.

Dem Werk ist die persönliche Verbundenheit des Autors mit der Geschichte der NVA anzumerken. So wird sich der Offizier der NVA hier eher wiederfinden als mancher Wehrpflichtige, der unfreiwillig und oft fern der Heimat eine recht »preußische« Ausbildung, ermüdende politische Bevormundung u.a. mittels Politunterricht oder aber Drangsalierungen nach Dienst durch die EK-Bewegung über sich ergehen lassen musste. In der NVA gab es bekanntlich eine stark ausgebildete Hierarchie der drei Diensthalbjahre für Wehrpflichtige, in der Entlassungskandidaten (EK) des letzten Diensthalbjahres das Sagen hatten.

Kritisch wird es allerdings, wenn man die Reflexion des DDR-Grenzregimes näher unter die Lupe nimmt. Es finden sich in der Chronik durchaus Todesopfer der Grenze – aber, wohl der Konzeption geschuldet, eben fast nur Angehörige der Grenzpolizei bzw. Grenztruppen. Peter Göring wird von Westberliner Seite aus

tödlich getroffen. Dass er die Flucht des vierzehnjährigen Wilfried Tews verhindern will, bleibt unerwähnt. Michael Gartenschläger stirbt in der Chronik am 1. Mai 1976 nicht in der Falle des MfS, sondern bei einem »Schusswechsel« (sic!). Hier weiß man inzwischen mehr. Bekannte Namen aber, wie Peter Fechter, Günter Litfin, Werner Probst, sucht der Leser vergebens. Nur Chris Gueffroy wird 1989 als letztes Opfer beim »illegalen Grenzüberschreiten« (sic!) (S. 654) stellvertretend für die Hunderten Toten an der Grenze erwähnt. Obwohl das Verlegen von Minen an der Grenze zur Bundesrepublik ab 1961 belegt wird, bleibt eine kritische Reflexion des Grenzregimes aus.

Auch wenn hier und da der Insider durchaus berechtigte Kritikpunkte üben wird, leistet diese Chronik insgesamt einen wertvollen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung. Für alle, die sich für modernes Militärwesen oder insgesamt für diese »andere deutsche Armee« interessieren, die sich über die Bewaffnung, Ausbildung oder Strukturen der NVA informieren wollen, oder jene, die an der Militärgeschichte der DDR interessiert sind, liegt hier ein empfehlenswertes, faktenreiches und lesenswertes Nachschlagewerk vor.

Torsten Diedrich

Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung. Hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, München: dtv 2011, 607 S. (= dtv premium, 24877), EUR 24,90 [ISBN 978-3-423-24877-8]

Anders als 2001 der 40. Jahrestag der Errichtung der Mauer in Berlin war der 50. Jahrestag Anlass für zahlreiche Gedenkveranstaltungen, Konferenzen, Symposien, Fernsehdokumentationen und Buchveröffentlichungen – Letztere weniger als Monografien, sondern vornehmlich als Sammelbände.

Sammelbände haben ihre eigenen Gesetze. In der Regel entstehen sie aus Konferenzbeiträgen, oftmals überwiegt die Quantität, nicht die Qualität. Der hier anzugehende Band mit seinen 28 Beiträgen ist eine rühmliche Ausnahme. Er ist in doppelter Hinsicht ein gelungenes »Erinnerungsbuch«: Zum einen geht es um die wichtigsten Aspekte der Mauer vom Bau 1961 bis zu ihrem Fall 1989, zum anderen um die Erinnerung an sie und um ihre Veranschaulichung in der »Gedenkstätte Berliner Mauer«.

Klaus-Dietmar Henke, Michael Lemke und Manfred Wilke zeichnen in ihren einführenden Beiträgen noch einmal in aller Kürze die wichtigsten Stationen der Berlinkrise nach: Ultimatum Chruschtschows mit dem strategischen Ziel, West-Berlin zu kassieren und die NATO zu »zerreißen«, noch im Mai 1961 seine Entschlossenheit, notfalls amerikanische Flugzeuge abschießen zu lassen, die Reaktion des Westens, das Gipfeltreffen in Wien Anfang Juni 1961, mit der Erkenntnis des Kremldiktators, dass es angesichts der amerikanischen Haltung keinen Abzug der Westmächte aus Berlin und keine »freie Stadt West-Berlin« geben werde. Dann dessen Entscheidung vom 20. Juli zum Bau der Mauer als »Maximum dessen, was aus West-Berlin herauszuholen war«, wie er Ulbricht später am 26. Februar 1962 klarmachte.

Bei den weiteren Beiträgen handelt es sich fast durchwegs um Originalbeiträge auf breiter Quellenbasis. *Daniela Münkel* berichtet über die Geheimdienste CIA und BND, die zwar in der zweiten Augustwoche 1961 von einer Grenzschießung aus-

gingen, den genauen Zeitpunkt aber nicht kannten. Danach konzentrierten sie sich, genauso wie das DDR-Ministerium für Staatssicherheit, auf Stimmung und Reaktion der DDR-Bevölkerung.

Michael Kubina zeigt in seinem Beitrag, wie die SED »ihre Mauer« sah: ab 1962 offiziell als »antifaschistischen Schutzwall«. Für die Mitglieder des Politbüros gab es ab 1963 keinen Anlass mehr, »sich politisch mit der Mauer zu befassen« (S. 87). Notwendigkeit oder Legitimität von Mauer und Schießbefehl wurden nie infrage gestellt; eine DDR ohne Mauer war für sie nicht vorstellbar. SED-Chef Erich Honeckers Einstellung zum Schießbefehl war eindeutig. 1974 stellte er im Politbüro klar: »Nach wie vor muss bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, und es sind Genossen, die die Schusswaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen.« Bei dieser Sachlage ging es um ge- glückte und gescheiterte Fluchten (*Maria Nooke*), »Fluchtverhinderung« wurde zu einer »gesamtgesellschaftlichen Aufgabe« (*Gerhard Sälter*).

Es folgen Beiträge, die sich von den üblichen Darstellungen zum Mauerbau abheben und neuen Fragen mit neuen Quellen nachgehen.

Thomas Lindenberger untersucht »Grenzregime und Gesellschaftskonstruktion im SED-Staat« und zeigt, wie die »Staatsgrenze« durch Westreisen »porös« wurde und das Regime im Inneren zu »bröckeln« begann (S. 121). *Gerhard Sälter* zeigt, wie aus dem Stacheldrahtverhau des 13. August in mehreren Ausbauphasen eine »moderne Grenze« wurde – als »endloses Projekt« mit Planungen über das Jahr 2000 hinaus. *Winfried Heinemann* beschäftigt sich mit der »Sicherung der Grenze«, den Grenztruppen, dem »Grenzkommando Mitte« und den militärischen Planungen.

Zu erwähnen sind die Beiträge von *Hermann Wentker* (Der Westen und die Mauer), *Roger Engelmann* (»Die Mauer durchlässiger machen«: Die Politik der Reiseerleichterungen), *Walter Süß* (Der 9. November 1989) und *Clemens Vollnhals* (Die strafrechtliche Ahndung der Gewalttaten an der innerdeutschen Grenze).

Fünf Beiträge sind besonders originär und originell, ihre Themen bislang in dieser Form nicht untersucht worden. Sie machen diesen Sammelband besonders lesenswert, und zwar von *Sebastian Richter* (Die Mauer in der deutschen Erinnerungskultur), *Doris Liebermann* (Die Mauer in der Literatur), *Annette Dorgerloh* (Die Mauer im Spielfilm), *Anke Kuhrmann* (Die Mauer in Malerei und Grafik) und *Lutz Henke* (»Mauerkunst«).

Etwas zeichnet diesen Sammelband auch noch aus, nämlich dass jene, die zum Entstehen der Gedenkstätte aktiv beigetragen haben, zu den Autoren und Autorinnen gehören und tiefe Einblicke in die Komplexität deutscher Erinnerungsorte ermöglichen.

Was der Berliner Regierende Bürgermeister Walter Momper im August 1989 sagte, nämlich: »Die SED hat tatsächlich die Macht in der DDR, und sie wird sie in absehbarer Zeit behalten«, war genauso falsch wie seine Äußerung zwei Tage nach dem Mauerfall: »Die Mauer existiert heute nur noch als Symbol.«

Sie war noch da, verschwand allerdings in den folgenden Monaten mehr und mehr und wurde im wahrsten Sinne des Wortes zu Geld gemacht, wie *Ronny Heidenreich* in seinem Beitrag über »Eine Mauer für die Welt« eindrucksvoll zeigt. Begonnen hatte der Verkauf noch mit einem Beschluss der Modrow-Regierung Ende Dezember 1989. Damals begann der »kommerzielle Export von Mauerteilen« (S. 442) mit Mauerauktionen in West-Berlin und Monaco (und Einnahmen in Höhe von 2,5 Millionen DM, die größtenteils veruntreut wurden). Während 500 komplette Segmente der »Grenzmauer 75«, jeweils 2,7 t schwer, ins Ausland verbracht

wurden und heute überall in der Welt, mehrheitlich in den USA, zu sehen sind – weniger als Symbol für Unterdrückung als für Befreiung und Überwindung der Teilung (Leo Schmidt, S. 461), stellte schon bald so mancher Berlin-Besucher die Frage: »Wo war eigentlich die Mauer?« Mehr als eine doppelte Reihe Kopfsteinpflaster war selten zu sehen.

Fünf Beiträge zeichnen den Weg nach von der Feststellung, »dass das offizielle Berlin keinerlei Vorstellung von der weltgeschichtlichen Dimension der Mauer hatte« (Axel Klausmeier/Leo Schmidt, S. 343) – und was Anfang der Neunzigerjahre fast zur vollständigen Zerstörung der Mauer führte –, bis zum Beschluss des Berliner Senats im Jahr 2006 über ein »Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer: Dokumentation, Information und Gedenken«.

Es war ein mühsamer Weg bis zu der Erkenntnis, dass man sich »durch die Vernichtung der materiellen Zeugnisse eines Mittels beraubt, die eigene Geschichte zu »begreifen«« (S. 344). Dabei stand die Bernauer Straße von Anfang an im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Sie erhielt letztlich auch eine zentrale Rolle, wurde zur »Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße«. Diese Straße war der »Kristallisationspunkt des Mythos Mauer. Hier ließ die SED-Führung eine Schneise in die Innenstadt schlagen, Bewohner wegschaffen, Häuser zumauern und dann abreißen, legte den Todesstreifen über Friedhöfe und sprengte 1985 die wilhelminische Versöhnungskirche in die Luft. Familien wurden zerrissen, Menschen sprangen aus den Fenstern, entkamen durch heimlich vorgetriebene Tunnel – oder sie entkamen nicht und zählen heute zu den 136 Toten der Berliner Mauer«. Die Bernauer Straße »symbolisiert die Teilung Deutschlands und Europas in eine Zone der Diktatur und einen Sektor der Demokratie« (Axel Klausmeier, S. 395).

Die Gedenkstätte dort ist Teil der umfassenden »Gedenkstätte Berliner Mauer«. Politische Querelen hatten die Entwicklung immer wieder verzögert. Das im Jahre 2005 vom Kultursenator Thomas Flierl (PDS) initiierte Projekt war politisch auf Ablehnung gestoßen, nach dem Motto: »Das Mauergedenken liegt dem PDS-Senator einfach fern.«

Das waren Fernwirkungen des Berliner Wahlkampfes und des 40. Jahrestages des Mauerbaus, als Bürgermeister Klaus Wowereit die PDS aufgefordert hatte, sich für den Mauerbau der SED zu entschuldigen und das von der CDU als eine der »beschämendsten Tatsachen« bezeichnet worden war, weil sich Wowereit von der PDS zum Regierenden Bürgermeister hatte wählen lassen. Für die Mauererinnerung wurden dann private Vereine aktiv; es gab zahlreiche Anhörungen und Beratungen – bis zum erwähnten Beschluss im Jahr 2006 und schließlich im Jahr 2009 die Gründung der »Stiftung Berliner Mauer«.

Nicht ohne einen gewissen Stolz meint einer der politischen Akteure in seinem Beitrag, die oben genannte Frage »lässt sich heute viel leichter als noch vor einigen Jahren beantworten« (Rainer Klemke, S. 392).

Mauer-Erinnerungsorte sind heute: die Bernauer Straße, der U-Bahnhof am Brandenburger Tor, die East Side Gallery in Friedrichshain, das »Parlament der Bäume« im Regierungsviertel. Am Checkpoint Charlie soll ein Museum des Kalten Krieges entstehen. Vielleicht bekommt man dafür ja die 10 m Originalmauer mit Wachturm, die im neuen Newseum in Washington, DC, zu sehen sind!

Beim Band ist noch positiv anzumerken: eine gute Bildtafel und im Text gesetzte schwarz-weiß und Farbbilder. Negativ: die wenig lesefreudige Anordnung der Fußnoten und Anmerkungen.

Fazit: Ein interessanter, gelungener Sammelband zum 50. Jahrestag des Mauerbaus, der sich wohltuend von anderen »Jubiläumsbänden« abhebt.

Rolf Steininger

Hope M. Harrison, Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach. Aus dem Amerikan. von Klaus-Dieter Schmidt, Berlin: Propyläen 2011, 506 S., EUR 24,99 [ISBN 978-3-549-07402-2]

Dies sei die deutsche Übersetzung eines 2003 erschienenen englischsprachigen Buches (Hope M. Harrison, *Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East German relations, 1953–1961*, Princeton, NJ, 2003), heißt es im Impressum. Das stimmt aber nicht, oder doch nur zum Teil. Denn mit ihrer Dissertation hatte Hope Harrison eine kleine Wissenschaftskontroverse losgetreten: Wer hat die Teilung der Stadt Berlin im August 1961 zu verantworten, Chruschtschow oder Ulbricht? Die Frage ist nicht nur von akademischem Interesse, sondern geschichtspolitisch relevant. Dahinter steckt ja die Frage nach nationaler Souveränität (und damit Eigenverantwortlichkeit) des SED-Staats. Waren es nicht dieselben (etwa Egon Krenz), die vor 1989 unablässig betonten, die DDR sei ein souveräner Staat, und nach 1990 ihre Verantwortung für die Totschlagsverbrechen an der Grenze unter Hinweis auf die Sowjetunion zu vertuschen suchten? Andererseits verwiesen auch ernstzunehmende Historiker wie Gerhard Wettig (Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006) und unlängst Manfred Wilke (Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte, Berlin 2011) darauf, dass in entscheidenden Fragen Ost-Berlin keinen Schritt ohne Genehmigung aus Moskau unternehmen konnte.

Gerade rechtzeitig zum 50. Jahrestag des Mauerbaus hat Hope Harrison nun ihr Buch in einer stark aktualisierten Übersetzung vorgelegt und dabei die neuere Literatur eingearbeitet. Sie setzt sich noch einmal mit den gegnerischen Thesen auseinander und erläutert, warum sie gleichwohl an ihrer Auffassung festhält, die DDR sei unter Ulbricht ein »super ally« gewesen, der Chruschtschow zu einem Vorgehen nötigte, das er ursprünglich nicht beabsichtigt hatte.

Bereits 1952 drängte Ulbricht Stalin gegenüber darauf, nicht nur die innerdeutsche Grenze und die Grenze zwischen West-Berlin und dem Umland zu sperren, sondern diese Abriegelung dadurch abzuschließen, dass auch die rund 45 km an der innerstädtischen Grenze zwischen West- und Ost-Berlin »pioniertechnisch ausgebaut« wurden.

Harrison hat das Verhältnis zwischen Ulbricht und Stalin, dann zwischen Ulbricht und Chruschtschow minutiös ausgeleuchtet. Sie verweist auch mit einiger Berechtigung auf den Umstand, dass Chruschtschow seinen Rivalen Berija unter anderem mit dem Vorwurf ausschaltete (und liquidierte!), dieser habe die DDR zur Disposition stellen wollen.

Hier geht es letztlich um die beiden Optionen sowjetischer Deutschlandpolitik im Kalten Krieg: das Bestehende zu sichern oder zu versuchen, den Status quo zu verändern und den eigenen Machtbereich auszuweiten. Stalins Märznoten von 1952 hatten noch eine Bereitschaft des Diktators angedeutet, die DDR im Interesse einer expansiven Deutschlandpolitik zur Disposition zu stellen – insoweit trifft der Vorwurf gegen Berija auch die Politik Stalins. Je mehr Chruschtschow die DDR stabilisierte und als Staat in den sowjetischen Machtbereich integrierte (etwa durch

die Aufnahme in den Warschauer Pakt), umso weniger konnte er ihre Fortexistenz infrage stellen lassen. Das gilt nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch wirtschaftlich – Hope Harrison wird nicht müde zu berichten, wie sehr Ulbricht immer wieder auf wirtschaftliche Hilfe für sein Land drängte, weil dieses doch unter der »Abwerbepolitik« des Westens leide. Geschickt verknüpfte der ostdeutsche Parteichef und frühere Moskaukader die Fluchtbewegung (deren Benennung als »Abwerbung« durch den Westen verrät, wie wenig sich Ulbricht der Realität stellte, dass die »Bürger der DDR« aus systemimmanenten Motiven und sehr wohl ohne Zutun des Westens dem Arbeiter- und Bauernstaat den Rücken kehrten) und die Wirtschaftsprobleme, die in Wirklichkeit durch die erneut verstärkte Verstaatlichungspolitik der SED verursacht wurden.

Noch dazu war Ulbricht die Entstalinisierungspolitik des sowjetischen Parteichefs suspekt. War es nicht eine Folge des XX. Parteitags, dass es in Polen und Ungarn zur »Konterrevolution« kam, und war es nicht nur seiner harten Hand zu verdanken, dass es in der DDR ruhig blieb? Ulbricht versuchte zugleich, durch eine ideologische Annäherung an Maos China die Sowjetunion zusätzlich unter Druck zu setzen, aber Harrison weist klug darauf hin, dass angesichts des wirtschaftlichen Unterstützungsbedarfs der DDR und der sehr begrenzten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Chinas Ost-Berlin letztlich immer auf Moskau angewiesen blieb und sich keine wirkliche Schaukelpolitik leisten konnte.

Harrison, Professorin an der George-Washington-University in der US-amerikanischen Hauptstadt, arbeitet ihr Thema in drei großen Schritten ab: die Krisen 1953, 1956 und 1958–1961. Nachdem Chruschtschow eigentlich den ideologisch-starr vorgehenden Ulbricht für die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der DDR verantwortlich machen und ablösen wollte, entscheidet er sich, nach dem Volksaufstand des 17. Juni nicht die Pferde zu wechseln und Ulbricht an der Macht zu belassen (was dieser nutzt, um seine innerparteilichen Widersacher loszuwerden). Ähnlich ergreift Ulbricht 1956/57 die Gelegenheit, um mit Moskauer Rückendeckung jene kaltzustellen (Harich und Janka, Schirdewan und Wollweber), die auf eine zu weitgehende Entstalinisierung gedrängt haben.

Allein seine Forderung, die innerstädtische Grenze in Berlin zu schließen, bleibt in Moskau unerhört, und auch Harrison würde nicht so weit gehen zu unterstellen, dass Ulbricht diese radikale Maßnahme ohne Billigung Chruschtschows hätte ergreifen können. Der sowjetische Parteiführer aber hat weitergehende Ziele, die Harrisons Band etwas nachrangig betrachtet: Chruschtschow will eben nicht nur das Erreichte einmauern, sondern die sicherheitspolitische Einbindung der Bundesrepublik in den Westen und damit die verhasste NATO insgesamt infrage stellen, um letztlich die USA aus der europäischen Sicherheitsarchitektur zu verdrängen. Demgegenüber erscheint Ulbrichts Ziel, durch eine Schließung der Grenze die DDR zu stabilisieren, eher begrenzt. Der von Chruschtschow angestrebte Friedensvertrag über Berlin soll aber genau dieses weitgesteckte Ziel erreichen: mittelfristig die Westalliierten aus der Stadt herausdrängen, um so deren Glaubwürdigkeit in ganz Deutschland zu erschüttern und damit die amerikanische Sicherheitsgarantie für Mitteleuropa wirksam infrage zu stellen. Damit hätte sich dann auch die Flüchtlingsfrage erledigt, denn sobald die Zugangswege von und nach Berlin einschließlich der Luftkorridore ostdeutscher Kontrolle unterlegen hätten, wäre auch das Ausfliegen von DDR-Flüchtlingen nicht mehr möglich gewesen, eine Flucht in die Stadt damit sinnlos geworden.

Genau dieses Ziel aber gibt Chruschtschow auf, indem er Kennedys kaum verhüllten Vorschlag aufgreift, Ulbrichts Drängen nachgibt und dem Bau der »Mauer« zustimmt: Er nimmt damit hin, dass de facto West-Berlin eben nicht Teil des »Staatsgebietes der DDR« ist oder wird, dass die Alliierten in der Stadt verbleiben und dass damit die expansive Option sowjetischer Deutschlandpolitik unwiderruflich endet.

Chruschtschow lässt sich dazu nicht so sehr von einer gezielten Politik Ulbrichts drängen. Vielmehr entwickeln sich Wirtschaftsdaten und Flüchtlingszahlen im Sommer 1961 so, dass die Staaten des Warschauer Pakts keine Möglichkeit mehr sehen, ihren ostdeutschen Partner weiter durch Subventionen zu stabilisieren, wenn nicht dem Verlust hochqualifizierter Arbeitskräfte ein Ende bereitet wird. Angesichts der weiterhin eindeutigen globalstrategischen Überlegenheit der USA und ihrer Verbündeten sieht Chruschtschow auch keine Möglichkeit, die Festigkeit der westlichen Position durch militärische Drohmaßnahmen zu erschüttern. Damit bleibt ihm nur noch die kleine Lösung: Am 20. Juli 1961 genehmigt er Ulbricht den »Mauerbau« – ob damit West-Berlin eingemauert wird oder sich die DDR letztlich selbst einmauert, ist eine Frage der Perspektive.

Es ist sehr zu begrüßen, dass Hope Harrisons wichtiges Buch jetzt auch auf Deutsch zugänglich ist, und dass sie darin auf ihre Kritiker ausführlich eingeht. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass die Unterschiede der Positionen eher gradueller Natur sind: Harrison fokussiert mehr auf das Verhältnis zwischen Moskau und Ost-Berlin, Wettig und Wilke sehen eher den globalstrategischen Kontext.

Diesem Befund entspricht es, dass man am Rande der Gedenkveranstaltungen anlässlich des 50. Jahrestags der Berliner Mauer alle drei wiederholt friedlich vereint bei einer Tasse Kaffee und engagierten Diskussionen beobachten konnte – so wünscht man sich eine wissenschaftliche Kontroverse.

Winfried Heinemann

Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Bearb. von Daniela Munkel, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, 320 S. und 1 CD-ROM (= Die DDR im Blick der Stasi), EUR 29,95 [ISBN 978-3-525-37503-7]

Die »Meldungen aus dem Reich« (Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945. Hrsg. von Heinz Boberach, 17 Bde, Herrsching 1984) sind eine unschätzbare Quelle für die Stimmung unter der Bevölkerung des »Dritten Reiches« während des Krieges. In ähnlicher Weise hat das Ministerium für Staatssicherheit regelmäßig, in Krisenzeiten auch in kürzeren Abständen, der SED-Parteispitze über die Haltung der Bevölkerung berichtet. Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, die diese Berichte verwahrt, hat es sich vorgenommen, die wichtigsten unter ihnen der Forschung breiter zugänglich zu machen.

So liegen jetzt die Berichte zum Jahr 1961 vor, als das Jahr des Mauerbaus eine der entscheidenden Zäsuren in der DDR-Geschichte, von manchen sogar als das Jahr einer »zweiten Staatsgründung« interpretiert. Der Band bietet eine methodisch begründete Auswahl von Berichten, die transkribiert abgedruckt wurden. Die dem Buch beigelegte CD beinhaltet die Gesamtheit der Berichte aus dem Jahr 1961.

Im Schwerpunkt der Auswahl für die erste Jahreshälfte liegen die wirtschaftlichen Probleme, die sich aus der offenen Grenze zu West-Berlin ergeben. Die Stasi berichtet von wirtschaftlichen Engpässen, von Unmut gegen Pendler, die im Westen arbeiten und im (billigeren) Osten wohnen. Die Berichte lassen aber auch erkennen, dass die Grenzschießung die Menschen im ostdeutschen Teilstaat nicht völlig überrascht hat: immer wieder enthalten sie Hinweise darauf, dass die Bürger mit einer solchen einschneidenden Maßnahme rechnen, und dass diese Erwartungshaltung die Fluchtbereitschaft noch verstärkte.

Nach dem 13. August 1961 konzentriert sich die Berichterstattung auf die Reaktion der DDR-Bevölkerung. Hier kommt es darauf an, die Berichte in ihrer Eigenart zu lesen, und dabei ist die ausführliche Einleitung eine große Hilfe: Fast formelhaft beginnt jeder Einzelbericht mit der Aussage, allgemein würden die Schritte von Partei und Regierung von breiten Kreisen der Bevölkerung begrüßt – dann aber folgen umfangreiche Auflistungen von Kritik und Ablehnung. Gelegentlich findet sich auch der Hinweis, die Ereignisse hätten die Menschen verunsichert, sodass viele nicht bereit seien, über politische Themen zu sprechen. Anders gesagt, war sich die Stasi der begrenzten Reichweite ihrer eigenen Erkenntnisse sehr wohl bewusst, und das muss auch den heutigen Historiker zu einem quellenkritischen Umgang mahnen: inwieweit die hier abgedruckten Auffassungen tatsächlich die Haltung der DDR-Bevölkerung wiedergeben, kann nicht ohne Weiteres gesagt werden. Aber dieses methodische Problem teilen die Stasi-Berichte mit jenen des SD.

Insgesamt ist dem BStU und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, allen voran der Bearbeiterin dieses Bandes, Daniela Munkel, für eine solide, sorgfältig annotierte und kommentierte sowie der Forschung nützliche Quelledition zu danken.

Winfried Heinemann

Rolf Steininger, Die Kubakrise 1962. Dreizehn Tage am atomaren Abgrund, München: Olzog 2011, 173 S., EUR 22,90 [ISBN 978-3-7892-8275-1]

Bis heute gilt die Kuba-Krise zu Recht als der entscheidende Wendepunkt im Kalten Krieg. Nachdem die Supermächte USA und UdSSR dreizehn Tage lang in den Abgrund einer atomaren Katastrophe geblickt hatten, leitete der Showdown in der Karibik 1962 eine Phase der Semi-Entspannung ein, deren Ausfluss so wichtige Verträge wie der Nichtverbreitungsvertrag und das nukleare Teststoppabkommen waren. Auch markierte die Kuba-Krise die bis 1990 letzte direkte Konfrontation zwischen den beiden Supermächten. Die macht- und ordnungspolitische Konkurrenz wurde ab 1963 nur noch indirekt – über sogenannte Stellvertreterkriege – ausgetragen.

Wissenschaftlich ist die Kuba-Krise minutiös aufgearbeitet worden. Zahllose Publikationen, Dokumentenbände, Konferenzen und auch historische Filmdokumentationen haben sich mit fast allen Aspekten dieser Krise befasst. Durch die Edition der Kennedy-Tapes von Ernest B. May und Phillip Zelikow ist es uns möglich die Gespräche, die in Kennedys »Kriegskabinett« geführt wurden mitzulesen, wir haben auch eine mittlerweile doch beachtliche Aufarbeitung der sowjetischen Quellenlage, allein was bislang noch fehlt, jedoch wissenschaftlich eher von sekundärer Bedeutung ist, sind die internen kubanischen Beratungen. Mithin: jeder Winkel dieser Krise scheint bestens ausgeleuchtet zu sein. Wozu also noch ein weiteres

Buch (zumal es sich bei der zu rezensierenden Studie eher um ein Bändchen mit lediglich 122 Seiten Textkörper handelt) zur Kuba-Krise?

Das vom emeritierten Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck verfasste Werk richtet sich – so der erste Eindruck – nicht an ein Fachpublikum, dass mit der Kuba-Krise bestens vertraut ist (denn dazu sind die Erkenntnisse aus den »neusten Quellen aus westlichen und östlichen Archiven« – S. 11 –, die der Autor in der Einleitung verspricht, doch eher marginaler Natur), sondern an ein historisch interessiertes Laienpublikum, die entweder diese Krise als Jugendliche in real time durchlebt haben oder die Krise und ihre Bedeutung für die Weltpolitik nur vom Hörensagen kennen.

Zu diesem Zwecke ist diese kleine Studie didaktisch sehr schön aufgebaut. Zunächst werden alle Hauptakteure der Krise auf amerikanischer, sowjetischer und kubanischer Seite kurz biografisch vorgestellt. Der Haupttextkörper, der die Entwicklung der Krise behandelt, fängt beim Schweinebuchtdesaster an und strukturiert die Kuba-Krise entlang ihrer chronologischen Reihenfolge. Tag für Tag führt Steininger in die Deliberationen der Amerikaner und der Sowjets ein und es gelingt ihm dadurch einen schönen Spannungsbogen aufzubauen. Das zu rezensierende Bändchen endet mit einer kommentierten Bibliografie zu neueren Studien und Quelleneditionen, einem umfangreichen Bild- und Kartenteil sowie dem Verweis auf wichtige Internetquellen.

Was den Inhalt des Buches anbelangt, so muss man feststellen, dass Steininger sehr gelungen (wenngleich auch sehr knapp) das Doppelmotiv herausarbeitet, das die Sowjetunion dazu brachte, Raketen auf Kuba zu stationieren. Denn dadurch sollte ein Ausgleich zu der amerikanischen Fähigkeit geschaffen werden, das sowjetische Atomwaffenarsenal, das sich zu Beginn der 1960er Jahre noch im Aufbau befand, in einem Ersts Schlag fast vollständig zu vernichten (S. 34). Erst nachgelagert galt es durch die Stationierung von taktischen Nuklearwaffen auf kubanischem Boden, den Verbündeten vor einer angenommenen weiteren Invasion der USA oder von den USA unterstützten Kräften zu verhindern. Mithin war Kuba für die sowjetische Staats- und Parteiführung ein Mittel in ihren Bemühungen, strategische Parität im Bereich der Nuklearwaffen zu erzielen (S. 68).

Interessant ist weiterhin, dass Steininger (wie schon vor ihm Harald Biermann in seiner Dissertation) die enge Verbindung zwischen einem möglichen Eingreifen der USA auf Kuba und einer von den USA vermuteten sowjetischen Gegenreaktion gegenüber dem geteilten Berlin als ein Leitmotiv der Kennedy-Administration herausarbeitet, dass Teile dieser Administration davon abhielt, allein auf die militärische Karte zu setzen (S. 50).

Was weiterhin deutlich wird, auch wenn es vom Autor expressis verbis nicht benannt wird, ist das Ausmaß an Fehleinschätzung, welches das Handeln beider Seiten beeinflusste, und das Ausmaß an Glück und Zufall, das die nukleare Eskalation verhindert hat (z.B., S. 85–87; 99 ff.; 102). Hier hätten sich dem Verfasser der vorliegenden Studie zahlreiche Anknüpfungspunkte an die neuere Literatur über Abschreckung und deren Funktionsweise geboten, die leider allesamt nicht genutzt wurden.

Sicherlich neu sind die geschilderten Differenzen zwischen Chruschtschow und Castro mit Blick auf die Lösung der Kuba-Krise. Castro erscheint – gemäß sowjetischer Quellen – als Hardliner, der durchaus bereit gewesen wäre, die nukleare Eskalation zu riskieren (S. 94 f.). Ob dem allerdings wirklich so gewesen ist, wer-

den wir erst mit letzter Sicherheit wissen, wenn Historiker auch Zugang zu den kubanischen Archiven haben.

Zweifel sind erlaubt, wenn Rolf Steininger die Ursachen für die Kuba-Krise in der erratischen Persönlichkeit Chruschtschows vermutet (S. 119) und somit suggeriert, dass die Entscheidung zur Stationierung von Raketen auf Kuba, die eines einzelnen Mannes gewesen sei. Wie auch die USA so handelte es sich auch bei der Sowjetunion jener Tage nicht um ein Ein-Personen-System. Ein wenig mehr Differenzierung und analytische Tiefe hätte an dieser Stelle sicherlich gut getan.

Summa summarum lässt sich festhalten, dass das vorliegende Bändchen dem Fachmann wenig neue Erkenntnisse bringt, dem interessierten Laien jedoch eine spannend geschriebene und teils launige Darstellung der dreizehn Tage liefert, die die Welt an den Rand des Abgrundes gebracht haben.

Carlo Masala

Dierk Walter, Zwischen Dschungelkrieg und Atombombe. Britische Visionen vom Krieg der Zukunft 1945–1971, Hamburg: Hamburger Edition 2009, 538 S., EUR 35,00 [ISBN 978-3-86854-202-8]

Mit Ausnahme der Sowjetunion wurde niemals ein Weltreich schneller abgewickelt als Großbritannien. In nur einem Vierteljahrhundert seit 1945 schrumpfte das ehemals weltumspannende britische Empire zu einer nuklearen Mittelmacht im Verbund der Nordatlantischen Allianz. Wie reagierte nun die Militärelite des Vereinigten Königreiches auf diesen gravierenden Macht- und Bedeutungsverlust? Welches Bild entwickelten Offiziere aller Dienstgrade und aller Teilstreitkräfte von zukünftigen Konflikten, denen sich die niedergehende Weltmacht nach ihrem Sieg über Nazideutschland gegenübersehen könnte. Da viele Dienstgrade noch mindestens bis zum Debakel der Suezkrise von 1956 vom Fortbestand eines britischen Kolonialreiches überzeugt waren, bewegten sich die Überlegungen im Spannungsfeld zwischen atomarer Bedrohung, schrumpfenden Verteidigungsbudgets und klassischer asymmetrischer Kriegführung in den Kolonien.

Gerade die lange Kolonialkriegserfahrung habe die britische Armee nach Ansicht des Hamburger Historikers Dierk Walter mehr geprägt als alle europäischen Großkriege. Der geistige und emotionale Spagat zum beginnenden Nuklearzeitalter hätte also nicht größer ausfallen können. Die Strategen des Vereinigten Königreiches hatten in den 1950er Jahren jede nur denkbare Kriegsform von der lokalen Polizeiaktion bis hin zur Panzerschlacht unter atomarer Bedrohung in der norddeutschen Tiefebene in ihre Planungen einzubeziehen. Die Übergangsperiode der britischen Geschichte vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Beginn der 1970er Jahre, die sich der Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung für seine Untersuchung ausgewählt hat, schien somit spannende Einsichten in die Denkweisen und Problemlösungskompetenz eines britischen Offizierkorps zu versprechen, das in seinen Traditionen und in seiner Weltläufigkeit denkbar weit von den Vorstellungen des preußisch-deutschen Offizierkorps entfernt war.

Ob aber die skizzierte Problemstellung, wie Walter recht dramatisierend behauptet, tatsächlich ein praktisch unlösbarer Albtraum war, kann getrost bezweifelt werden. Gelang es doch dem Inselreich, sich – abgesehen von der Suezkrise – rasch und lautlos aus seinen zahlreichen kolonialen Engagements zurückzuziehen und zugleich seine neue Rolle im Verbund der NATO zu finden. Schon der Ver-

gleich mit Frankreich, der zweiten bedeutenden Kolonialmacht Europas, lässt London in dieser Hinsicht geradezu glänzend dastehen. Welchen Beitrag aber nun die von Walter sehr ausführlich zitierten Überlegungen von britischen Offizieren, die größtenteils der zweiten Reihe der militärischen Hierarchie entstammten, dazu leisteten, wird nicht wirklich klar. Da Walter die von ihm untersuchten 3400 Artikel aus etwa einem Dutzend renommierter Militärzeitschriften nach systematischen Gesichtspunkten ordnet, bleiben der Zusammenhang der Debatten wie auch ihr politischer Anlass im Hintergrund. Als ein gängiges Motiv erwähnt der Verfasser lediglich die Bestrebungen der einzelnen Teilstreitkräfte, sich ihren Anteil an den schrumpfenden Militärbudgets zu sichern.

Spätestens am Ende eines jeden Abschnittes hätte sich Walter der Mühe unterziehen müssen, die referierten Positionen in einen größeren Zusammenhang zu stellen oder wenigstens noch einmal die Grundlinien der Debatten zusammenzufassen. Stattdessen findet der Leser hier allenfalls süffisante Kurzkommentare, wenn Walter etwa am Ende seines Kapitels über die Atombombe, das er mit »Faszination« überschrieben hat, bemerkt: »Es brauche wohl einen Ingenieur, um Kernwaffen für die Eintrittskarte zum Paradies zu halten.«

Zwar zieht Walter zum Vergleich auch offizielle Dokumente wie zum Beispiel die Weißbücher des britischen Verteidigungsministeriums heran. Doch an kaum einer Stelle seines Textes macht er deutlich, ob und wie sich die von ihm referierten Überlegungen schließlich in den Grundlinien britischer Politik manifestiert haben. Dass es ihm sogar auch darum ging, militärische Kuriosa zu sammeln, die frei von den Zwängen praktischer Politik geäußert wurden, räumt Walter sogar unverblümt ein. Gerade diese Möglichkeit einer weitgehend verantwortungsfreien Publizistik machte aus seiner Sicht Militärzeitschriften im Vergleich zu den Archivalia zu einer besonders attraktiven Quelle.

Tatsächlich waren einige von den Offizieren in den 1950er Jahren aufgeworfenen Fragen durchaus nicht abwegig. So tauchte schon damals mehrfach der Gedanke auf, dass Großbritannien als ehemalige Kolonialmacht eine besondere Verantwortung für Frieden und Prosperität seiner früheren Protektorate wahrnehmen müsste. Walter sieht darin zu Recht den Versuch einer emotionalen Bewältigung der verlorenen Weltgeltung. Leider hat er diesen Gedanken der Weltverantwortlichkeit, der heute als gängige Ideologie der westlichen Staatengemeinschaft gern zur Begründung militärischer Interventionen in Übersee herangezogen wird, in seiner Historie nicht weiter berücksichtigt. Eine ideengeschichtliche Verfolgung dieser oder ähnlicher Spuren hätte Walters Studie fraglos wertvoll gemacht.

So aber zwingt er den ausdauernden Leser auf Hunderten von Seiten durch eine Kette von Ideen und Gedankenspielen schreibfreudiger Stabsoffiziere, die gelöst von jedem Debattenzusammenhang schließlich nur die Frage aufwerfen: Warum muss man das alles wissen?

Klaus-Jürgen Bremm

Gérard Bökenkamp, Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969–1998, Stuttgart: Lucius & Lucius 2010, VIII, 569 S., EUR 49,00 [ISBN 978-3-8282-0516-1]

Die Untersuchung basiert auf der Dissertation Bökenkamps, die an seine Masterarbeit »Die Finanzpolitik der Regierung Kohl 1982–1989« anschloss. »Anlass«, sich mit diesen Themen zu beschäftigen, waren »die Zeitumstände [...], die hohe Arbeitslosigkeit, die Schuldenlast und die Agenda 2010« (Vorwort, ohne Seitenangabe). Finanzierungsfragen stehen auch im Mittelpunkt dieser Darstellung.

Der Text beruht auf Beiträgen aus »Der Spiegel«, »Die Zeit« und »Wirtschaftswoche«. »Bei Bedarf« wurden Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen, Stenografische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Kurzprotokolle des Finanzausschusses und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages sowie Tageszeitungen herangezogen. Der Autor begründet seine Quellenauswahl damit, dass Wirtschaftsjournalisten über Hintergrundinformationen verfügten, die in die Protokolle keinen Eingang gefunden hätten und »eine sehr dichte Beschreibung der Abläufe, Handlungen, Entscheidungen und Folgen« ermöglichten. Die »Glaubwürdigkeit der dargelegten Fakten« ergebe sich daraus, »dass der Faktenkern in unterschiedlichen Publikationen in der Regel« übereinstimme und die Wirtschaftsjournalisten »in der Regel die offiziellen Zahlen und Publikationen« verwendeten (S. 7).

Der Text ist in drei Teile gegliedert: Das Jahrzehnt der Illusionen 1970–1980, Das Jahrzehnt der unvollkommenen Konsolidierung 1980–1990, Die Bewältigung der Deutschen Einheit 1990–1998. Hinzu kommen Einleitung und Schluss.

Bökenkamp geht davon aus, dass die »Sozial- und Wirtschaftspolitik und ihre Finanzierung« das Tagesgeschäft jeder Bundesregierung »dominieren« und behauptet, dass die Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik »in weit geringerem Maße aufgearbeitet« sei als andere Felder. Als Beleg zitiert er die »Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945« von Werner Abelshauser und die »Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949–1990« von Hans-Ulrich Wehler, in denen die Wirtschaftspolitik eine »untergeordnete Rolle« spiele. Die Untersuchung von Raimund Zohnhofer (richtig: Reimut Zohnhörer) »Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl« gehöre zu den Darstellungen, die »eher an der Herausarbeitung eines Modells [...], als an dem Phänomen an sich« interessiert seien (S. 2). Weitere Informationen über den Forschungsstand gibt der Autor nicht.

In Übereinstimmung mit englischsprachigen Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik der USA legt der Verfasser »den Fokus auf die begrenzten Handlungsspielräume der Akteure, die Improvisation in der politischen Entscheidungsfindung und die unvermeidbare programmatische Inkonsistenz der Sozial- und Wirtschaftspolitik«. Ziel sei die »anschauliche Beschreibung der wirtschaftspolitischen Zusammenhänge, wie sie sich in der realen Welt abzeichnen. Diese Zusammenhänge ergeben sich aus dem Wechselspiel ökonomischer Mechanismen mit den Handlungen politischer Akteure« (S. 2). In dem untersuchten Zeitraum habe sich der Wandel des Reformbegriffes von der »Erweiterung der Staatsaufgaben« und der »Ausweitung der staatlichen Leistung« zur Haushaltssanierung und Begrenzung staatlicher Leistungen vollzogen (S. 3 f.). Damit ist der Rahmen abgesteckt und das Fazit formuliert.

Die meist den drei Wochenzeitungen, häufig den anderen genannten Druck-Erzeugnissen und gelegentlich der Literatur entnommenen Texte werden mit verbindenden Ausführungen des Autors zur »Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik« zusammengesetzt.

Die Frage stellt sich, welche Erkenntnisse mit dieser Methode über die Ergebnisse der zahlreichen Darstellungen zum »Ende des Wirtschaftswunders« und zur »Krise des Sozialstaates« hinaus gewonnen werden können. Eine weitere Frage ist, ob anhand der herangezogenen Quellen alle Themen der im Titel des Bandes genannten Politikfelder abgedeckt werden. Zu fragen ist auch, wie der Autor mit den Texten umgeht. Wird z.B. die Authentizität der aus den Wochenzeitungen entnommenen Zitate aus den Kabinettsitzungen hinterfragt, wenn sie nicht durch Aussagen der Akteure gestützt werden? Bietet der Verfasser zusätzliche Informationen zu den im Text dargelegten Fakten an, erklärt er Begriffe, erläutert er den aus dem Zusammenhang nicht ersichtlichen Aufgabenbereich von Gremien, stellt er Personen bei ihrer ersten Erwähnung mit ihren Funktionen vor, ergänzt und korrigiert er unvollständige oder falsche Bezeichnungen?

Dass sich in den 1970er Jahren »ein Bruch« vollzogen habe, »der nicht nur einen neuen Rahmen für die Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Gesellschaftspolitik setzte, sondern auch den Status der Politik dauerhaft veränderte«, so das Fazit Bökenkamps (S. 535), war zu keiner Zeit strittig.

Auch mit der These, dass der Sozialstaat »ebenso Teil der Lösung als auch Teil des Problems« wurde (S. 530), greift Bökenkamp ein Thema auf, das seit Jahrzehnten diskutiert wird. Hans Günther Hockerts hat in dem Beitrag »Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert« einen Überblick über den Forschungsstand gegeben (In: Der Sozialstaat in der Krise. Deutschland im internationalen Vergleich. Hrsg. von Friedhelm Boll und Anja Kruke, Bonn 2008, S. 3–29). In einigen Fällen setzt der Autor *expressis verbis* oder indirekt durch Textauswahl Akzente. So vertritt er z.B. die These, die »Öl-Krise« werde in ihrer Bedeutung im Allgemeinen »überschätzt«, sie sei zwar der »Auslöser der Beschäftigungskrise, aber nicht im eigentlichen Sinne die Ursache« gewesen. »Diese lag in der Jahre dauernden Lohn- und Preisspirale begründet« (S. 71).

Der Umgang Bökenkamps z.B. mit Zitaten aus und Berichten über Kabinettsitzungen ist von einer bemerkenswerten Unbefangenheit. So wird für in Anführungszeichen gesetzte Zitate aus Kabinettsitzungen in den Fußnoten »Der Spiegel« als Belegstelle angegeben (S. 104, 219), an anderer Stelle (S. 106, 172) gibt es keinen Hinweis auf die Quelle. Überprüfen lassen sich diese Zitate nicht; die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung sind bisher für die Zeit von 1949 bis 1968 ediert. Der Autor geht von einem »umfassend informierten« »Spiegel« aus (S. 279) und hält offenbar diese Überlieferung wie auch Zitate aus Koalitionsbesprechungen (S. 108 f.) für authentisch. Allerdings können Zitate aus Kabinettsitzungen und die zahlreichen Berichte über diese Sitzungen nicht von dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth, »der als einer der besten »Spiegel«-Informanten galt« (S. 286), aber ja kein Mitglied der Bundesregierung war, hinterbracht worden sein. Spekulationen über weitere Informanten gibt es nicht.

Die zusätzlichen Informationen spiegeln die Interessenschwerpunkte Bökenkamps wider. Das sind zum einen Finanzfragen, zum anderen ist es die Politik der FDP. Deutlich wird das z.B. an der Darstellung des Systems von Bretton Woods (S. 35 f.), der Schilderung der Auseinandersetzung über die Aufwertung der DM zu Zeiten der Großen Koalition 1969 (S. 37–39).

Einige Probleme, die sich für mich bei der Lektüre ergaben, stelle ich zur Diskussion:

Es ist problematisch, ein Gremium als bekannt vorauszusetzen. Im Text heißt es, die »Konzentrierte Aktion« sei für Wirtschaftsminister Schiller »das zentrale Instrument, um die Preissteigerungen zu bekämpfen und die Gewerkschaften im Sinne der Stabilitätspolitik zu disziplinieren« gewesen (S. 59). Dem Text ist nicht zu entnehmen, was diese »Konzentrierte Aktion« war. Als Teilnehmer der Sitzung am 18. Mai 1973 werden »die Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, die Bundesbank und [der] Sachverständigenrat« genannt (S. 62). Eine darüber hinausgehende Information gibt es auch bei weiteren Erwähnungen des von 1967 bis 1977 existierenden Gremiums nicht, das zwar an Bedeutung verlor, aber von dem Arbeitgebervertreter Stumpfe 1992 wieder ins Gespräch gebracht wurde (S. 449).

Unbefriedigend ist es, wenn ein Gremium nicht korrekt bezeichnet wird. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), dessen Jahresgutachten häufig zitiert werden, wird nur einmal angemessen benannt (S. 542 unter »Sonstige Quellen«). Nach mehrfacher Erwähnung wird darauf hingewiesen, dass das nicht näher vorgestellte Gremium »durch die gesetzlich festgeschriebene Unabhängigkeit [...] eine außerordentlich starke Position« besaß (S. 87). Wichtig ist, dass die Bundesregierung verpflichtet war, innerhalb einer bestimmten Frist zu dem Jahresgutachten Stellung zu nehmen. Gutachten und Stellungnahmen wurden als BT- und BR-Drucksache veröffentlicht. – Der SVR war im Übrigen nicht durch »Gesetz im Februar 1964 eingesetzt« worden (S. 87). Er hatte sich am 28. Februar 1964 konstituiert, nachdem der Bundespräsident die von der Bundesregierung vorgeschlagenen fünf Personen, die alsbald als Wirtschaftsweise bezeichnet wurden, zu Mitgliedern des SVR ernannt hatte.

Es ist unverständlich, dass das Zustandekommen der im Jahresgutachten des SVR erwähnten Aufwertung (S. 12) erst auf den Seiten 35–37 erläutert wird. In diesem Zusammenhang wird das »Stabilitätsgesetz« genannt (S. 37). Gemeint ist das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« vom 8. Juni 1967. Die Kurzform »Stabilitätsgesetz« ist zwar in der wissenschaftlichen Literatur gebräuchlich, irreführend ist jedoch die Bezeichnung »Wachstums- und Stabilitätsgesetz« (S. 11).

Als rudimentär erweisen sich die Anlagen, die in einer wissenschaftlichen Veröffentlichung unerlässlich sind. Ein Abkürzungsverzeichnis fehlt. Die Bibliografie und die Register sind ergänzungsbedürftig. Im Literaturverzeichnis sind nicht alle in den Fußnoten zitierten Titel enthalten. Einen Hinweis, nach welchen Kriterien die Register erstellt wurden, gibt es nicht.

Im Personenregister fehlen u.a. Conrad Ahlers, Egon Bahr, Angela Merkel, Jürgen Möllemann, Jürgen Rütgers, Hanns-Martin Schleyer, Günter Sohl. Das Sachregister ist ein Sach- und Geografisches Register. Der Versuch, anhand des Buchstabens A die Auswahlkriterien zu ermitteln – Bedeutung des Begriffs, Häufigkeit der Erwähnung? – brachte kein Ergebnis. Zu Afghanistan, Angebotstheorie, Apotheker, Aussperrung und Autobahn wird jeweils eine Seitenzahl angegeben; nicht aufgenommen wurde z.B. Ahlener Programm, Arbeitslosigkeit, Aufwertung.

Ärgerlich, wenn auch in aller Regel nicht verständnisverhindernd sind die vielen Druckfehler. Da gibt es den »Wirtschaftswaisen« (S. 445), den »Anschermittwoch« (S. 505), das »Arbeitsendgeld« (S. 455) und »das Ergebnis viel [...] aus« (S. 450). Auf Seite 75 heißt Stingl auch Stingle, auf Seite 451 Ludwig auch Ludewig, auf Seite 468 Hintze auch Hinze. – In anderen Fällen scheinen Hörfehler vor-

zuliegen. Statt »Arbeitskräfte« (S. 153) muss es heißen Arbeitsplätze, statt »Mittelstandsbogen« (S. 288) Mittelstandsbauch, statt »sei das Stabilitätsgesetz vor« (S. 62) sah vor. Nicht durchkonstruierte Sätze sind häufig. »In den Büchern der Bundesbank war die Feinunze mit 92,4 D-Mark in den Büchern verzeichnet, der Marktplatz lag hingegen bei 340 Dollar« (S. 518). Mehr Aufmerksamkeit erfordert schon, dass »der Gesamthaushalt von 80,8 auf 88,8 D-Mark« ansteigen sollte (S. 13) oder dass »der Haushaltsplan ein Defizit von 56,4 Mrd. D-Mark vorsah, was 1,4 D-Mark weniger war« (S. 520). Emminger war »Bundespräsident geworden« (S. 139), und Tietmeyer wird auf Seite 519 zweimal als Bundespräsident und einmal als Bundesbankpräsident bezeichnet.

Da ist es dann entspannend zu lesen, dass man sich »im holsteinischen Brahmsee« getroffen habe (S. 103).

Ursula Hüllbüsch

Gunnar Ekberg, De ska ju ändå dö. [tio år i svensk underrättelsetjänst/Sie werden sowieso sterben. Zehn Jahre im schwedischen Nachrichtendienst], Stockholm: Fischer & Co 2009, 407 S., 194 SEK [ISBN 978-91-85183-75-3]

Die Geschichte der Geheimdienste, nicht zuletzt der eigenen, erfreut sich in Schweden eines wachsenden Interesses. Davon zeugen nicht zuletzt große Ausstellungen im Nordischen Museum (MGZ, 59/2000, S. 563 f.) und im Stockholmer Armeemuseum 2006. Aufgrund anhaltender Probleme beim Archivzugang (MGZ, 61/2002, S. 618 f.) ist die wissenschaftliche Geheimdienstforschung jedoch kaum vorangekommen. Es sind Spezialisten aus der Praxis, die den Forschungsstand bestimmen. Zunächst war es die Geschichte des schwedischen Nachrichtendienstes, die von ehemals Aktiven geschrieben wurde (MGZ, 59/2000; MGZ, 66/2007, S. 274). Doch es war der langjährige Leiter der schwedischen Kontrapionage gegen die Sowjetunion, Tore Forsberg, der mit seinem Buch *Spione und Spione*, die Spione ausspionieren (Spioner och spioner som spionerar på spioner, 2003) eine andauernde Welle der Beschäftigung mit der Geschichte der schwedischen Nachrichtendienste auslöste. Als direktes Ergebnis gründeten Veteranen der Dienste und am Thema Interessierte einen Verein zur Beförderung der Erforschung der Geschichte der Nachrichten- und Sicherheitsdienste mit dem Schwerpunkt auf Schweden im 20. Jahrhundert (»Sveriges öga och öra«, Auge und Ohr Schwedens, <http://www.ogaora.se/>). Erster Vorsitzender wurde der ehemalige Agent Gunnar Ekberg. Ekberg war bis zu seiner Enttarnung durch Jan Guillou und Peter Bratt im Zuge der IB-Affäre 1973 für diesen geheimen Zweig des militärischen Nachrichtendienstes als verdeckter Ermittler in verschiedenen linken Gruppierungen in Göteborg und dann im Nahen Osten tätig.

Nach Jahren im Ausland mit geschützter Identität lebt Ekberg heute in Malmö und hat nun ein Buch über seine zehnjährige Tätigkeit als Agent geschrieben. Die einzigartige und spannende Geschichte über ein Leben unter den extremen Linken Schwedens und als Doppelspion im Nahen Osten zieht einen Bogen von der Anwerbung des jungen Sporttauchers bis zur IB-Affäre. Ekbergs Buch ist dabei auch ein streitbarer Beitrag zur innerschwedischen Diskussion über diesen Teil der Geschichte des Kalten Krieges. In weiten Strecken muss man es als Antwort auf den Forschungsbericht der vom Reichstag bestellten sogenannten Sicherheitsdienstkommission sehen, in dem Ulf Bjereld sich im Rahmen eines Gutachtens zur

Überwachung der schwedischen Palästinagruppen zwischen 1965 und 1980 gerade auch zur Person Ekbergs sehr kritisch geäußert hatte (SOU 2002:95; <http://www.regeringen.se/sb/d/108/a/442>). Ekberg hatte im staatlichen Auftrag in Schweden verschiedene linke Solidaritätsgruppen unterwandert. Dabei wurde er sogar einer der Gründer der Göteborger Palästinagruppe. Ziel war es, deren Kontakte mit Terrororganisationen im Nahen Osten bzw. dem sowjetischen Geheimdienst KGB aufzuklären.

Ekberg berichtet in seinen Erinnerungen vom Alltag eines Doppelagenten, der von Eintönigkeit aber zunehmend auch von lebensgefährlichen Operationen geprägt war. Er beschreibt seinen Reifeprozess von anfänglicher Naivität, nicht zuletzt was die Gefährlichkeit seiner Tätigkeit betraf, hin zur bewussten politischen Einstellung gegen die radikalen Linken, die aus seiner Sicht die Demokratie zerstören wollten, die für ihn aber die Grundlage menschlichen Daseins bedeutet (S. 289). Von besonderer Brisanz war Ekbergs Arbeit in der »Volksfront zur Befreiung Palästinas« (PFLP). Hier stand er in direktem Kontakt mit deren Operationschef Dr. Wadie Haddad (auch Abu Hani). Der 1978 in Ostberlin verstorbene Haddad hatte auch eine Anbindung an den KGB und wird u.a. als Drahtzieher hinter der Entführung des Lufthansa-Flugzeugs »Landshtut« 1977 zur Unterstützung der Rote Armee Fraktion vermutet. Ekbergs Kontakt mit Haddad war für den israelischen Geheimdienst Mossad so interessant, dass sie ihn von den Schweden »ausliehen«. Für die PFLP sollte Ekberg Terroristen das Tauchen beibringen, um Minen an israelischen Schiffen anbringen zu können. Er war auch an einem solchen Attentat beteiligt. In enger Zusammenarbeit mit Mossad gelang es ihm, sowohl seine Karriere als Doppelagent als auch Menschenleben zu retten. Dies zeigt noch einmal, wie kompliziert die Arbeit mit verdeckten Ermittlern auch aus juristischer Sicht ist. So gibt die Tätigkeit des schwedischen Agenten Ekberg in Diensten eines anderen Landes auch Auskunft über die praktische Auslegung der Neutralitätspolitik Schwedens durch die Geheimdienste.

In den schwedischen Medien erregten aber mehr die im Buch beschriebenen Aktivitäten von Jan Guillou Aufmerksamkeit. Der international erfolgreiche Journalist und Schriftsteller ist in Deutschland u.a. durch seine Spionageromane über den Geheimagenten Graf Carl Hamilton bekannt. Parallelen zwischen der Kunstfigur Hamilton und Ekberg sind wohl kein Zufall. Nach Ekberg soll es Guillou gewesen sein, der die PFLP über Ekbergs Infiltration informierte und Hinweise gab, wie der Verräter zu verhören sei, wenn man seiner in Beirut habhaft geworden sei. Ekberg erwähnt im Buch auch Treffen Guillous mit dem Stockholmer KGB-Residenten Jevgenij Gergel (S. 391). Sie sollten zu einer Mediendiskussion über die zeitweilig intimen Kontakte Guillous mit dem KGB führen.

Mit Ekberg berichtet zum ersten Mal ein schwedischer Feldagent über seine Arbeit für den schwedischen (und für den israelischen!) Nachrichtendienst und gibt dabei Einblicke in den Agentenalltag aus einer uns bisher weitgehend unbekannten Perspektive. Das Buch ist reich illustriert und enthält ein Register.

Michael F. Scholz

Rüdiger Voigt, *Krieg ohne Raum. Asymmetrische Konflikte in einer entgrenzten Welt*, Stuttgart: Steiner 2008, 315 S. (= Staatsdiskurse, 2), EUR 42,00 [ISBN 978-3-515-09135-0]

Jüngste Publikationen zum Wandel der globalen sicherheitspolitischen Strukturen seit 1989/90 weisen darauf hin, dass sich die Vergesellschaftungsform »Staat« in akuter Gefahr befindet. Mit der Entstaatlichung ihrer Akteure »enträumenlichen« sich die Konflikte – das macht die herkömmliche Bezeichnung »Krieg« so problematisch. Rüdiger Voigt widmet sich dieser »Raumdimension von Krieg«. Er bekennt sich zu einer »integrativen Staatswissenschaft« (S. 7). Damit füllen seine Betrachtungen die Schnittstelle zwischen Politikwissenschaften und Humanitärem Völkerrecht (Voigt spricht nach wie vor von »Kriegsvölkerrecht«). Denn infolge einer zu engen Definition von »Krieg« im Sinne eines »Staatskrieges« seien die fließenden Grenzen zwischen Krieg, Korruption und Kriminalität nicht angemessen zu erfassen: »Während das klassische Völkerrecht immer noch von dem symmetrischen Krieg als Normalfall ausgeht, sind die tatsächlich stattfindenden Kriege unserer Zeit in aller Regel asymmetrische Kriege« (S. 57). Dahinter steht natürlich das Hobbes'sche Staatkonzept des Gewaltmonopolisten, hieraus wiederum folgt die klare Trennung von Krieg und Frieden. Dieses »Westfälische Modell« erwuchs nach dem Dreißigjährigen Krieg in Europa zur Norm; auf dieser Basis entstand das Kriegs- und Völkerrecht. In wünschenswerter Klarheit zeigt Voigt, wie der Krieg infolge seiner Ächtung als Mittel der Politik semantisch zum Verschwinden gebracht wurde (S. 281). Das macht zweifellos die Untersuchung des Phänomens in seiner ganzen Begriffsweite zum Desiderat.

Zunächst erörtert Voigt Begrifflichkeit und Stand der »Kriegsforschung« und fordert zu Recht eine engere Integration aller relevanten Wissenschaftszweige (S. 51). Die nachfolgenden Kapitel widmen sich dem Verhältnis von Krieg und Politik sowie »Krieg und Raum«. Staatlichkeit gründet auf der Beherrschung des Territoriums. Obwohl im beginnenden 21. Jahrhundert diese räumlich konstituierte Staatsgewalt infrage gestellt sei, bleibe die demokratische Legitimierung von Politik weiter an den Raum gebunden (S. 81 f.). Überzeugend zeigt Voigt so das Erfordernis von Grenzen: auf militärischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und ideologischer Ebene sowie hinsichtlich des »Erlebnisraums« (S. 82). »Über Jahrhunderte waren Kriege in Europa stets als symmetrische Kriege gedacht worden« (S. 95). Dem ist zuzustimmen, mit genau diesen beiden entscheidenden Einschränkungen: *in Europa* und *gedacht*. Das wirft aber die grundsätzliche Frage auf, ob denn das eurozentrische, »westliche« politisch-juridische *Modell* mit der empirischen (historischen wie gegenwärtigen) *Realität* verglichen werden kann.

Zentral ist das Oberkapitel zu den asymmetrischen Kriegen. Insbesondere der »moderne transnationale Terrorismus« sei – im Gegensatz zu fast allen anderen Strategien – nicht an einen konkreten Raum gebunden, sondern eine »globale Kommunikationsstrategie« (S. 168). Angesichts der »schwindende[n] Autorität der Staatsgewalt in vielen Ländern der Peripherie« sei zu befürchten, dass überhaupt kein politisches Subjekt mehr zur Verfügung stehe (S. 179). Freilich wäre hier zu fragen, ob die Clausewitz'sche Ziel-Mittel-Relation nicht auch im parastaatlichen Bereich gilt: Im Zweifelsfall wäre dann der jeweilige Warlord, Terrorist etc. Subjekt seiner parastaatlichen »Politik«. Zudem zeigt die Formulierung »Peripherie«, dass unsere Vorstellungswelt – bewusst oder unbewusst – noch eurozentrisch gelagert ist. Würde man angesichts der vorherrschenden Asymmetrien die europä-

isch-klassische Konzeption vom Gerechten Krieg wiederbeleben, würde moralisch oder religiös grundierten Kriegersrechtfertigungen das Tor weit geöffnet werden (S. 172, 191–195), insbesondere für das von Voigt durchgängig so genannte »Empire Amerika«.

Infolge der Kommunikationsrevolution ist zum Krieg der Worte auch derjenige der Bilder hinzugetreten. Auch liefen die Medien Gefahr, ihre Sachlichkeit gegen ein »militainment« aus Salonjournalismus und überenthusiastischer Frontberichterstattung (S. 212–214) einzutauschen. Das unterstreicht die sehr gelungene Übersicht über die medial vermittelten Feind-Feind-Bilder während des Golfkrieges von 1991 (S. 222). Der anschließende Teil untersucht die »Kriegsinstrumente«, also die Palette der Gewaltakteure: die »Krieger«.

Stets wiederholt Voigt sein Leitmotiv: Die globalen Veränderungen des Krieges bedrohten die Souveränität der Staaten. Als auffälligstes Indiz für die »postwestfälische« Staatenordnung erkennt er den von den USA 2003 begonnenen Irakkrieg. Ist aber diese Phase seit Ende der Präsidentschaft George W. Bushs 2008 nicht vielleicht schon vorüber? Denn neben der Rolle der USA als »Hypermacht« wird die Weltordnung durch neue Akteure bestimmt: die Nuklearmächte Russland, Indien und China, die das »Herrschaftsmonopol des Empire Amerika bereits mittelfristig« bedrohten; möglich sei gar ein neuer »Weltordnungskrieg« (S. 106, 287).

Mittlerweile sind jedoch viele der historiografischen Grundannahmen, die vor einigen Jahrzehnten noch zum unhintergehbaren Allgemeinwissen gehörten, von der historischen Forschung gründlich relativiert worden. Viele der zugrundegelegten Theoreme, wie der Kabinettskrieg (S. 30, S. 125–130), der Volkskrieg (S. 131–133) oder der Staat als Monopolist der Gewalt, wurden als Wunschprojektionen nachfolgender Epochen decodiert: So waren die Konzepte »Absolutismus« und »Kabinettskrieg« durchaus polemisch gemeinte Negativfolien, die erst im 19. Jahrhundert entstanden. Daher besteht die Gefahr der Fehldeutung von im 19. und 20. Jahrhundert in Europa geformten (Staats-)Vorstellungen im Hinblick auf einen angeblichen Normalzustand für alle Länder und Zeiten. Das Problem der Rechts- und Politikwissenschaften besteht also in der offenen oder verdeckten Anwendung von Paradigmen einer eurozentrischen Weltsicht – und auch historiografischen Legenden. Die Übertragung solcher Modelle führt, wie in Afghanistan, zu Problemen, die weit über die Staats- und Geschichtswissenschaften hinausweisen.

In wohltuend klarer Weise präsentiert der Jurist Voigt die komplexe Materie. Freilich (ver)führt die lakonische Sprache zu oft (über)dezidierten Urteilen; mitunter auch zu Floskeln oder pleonastischen Formulierungen: »Schon das Römische Imperium beruhte ebenso wie das British Empire auf imperialen Kriegen« – dass Imperialmächte Imperialkriege führ(t)en, ist begriffsimmanent. »Die großen Zäsuren in der Geschichte des 20. Jahrhunderts [...] haben die Weltordnung nachhaltig verändert« (S. 287) – deswegen werden sie Zäsuren genannt. Prägnanz verführt auch zu Polemik: berechtigt bei der bissigen Feststellung, dass in Deutschland die »Kriegsforschung nach dem Zweiten Weltkrieg aus nachvollziehbaren Gründen lange vernachlässigt worden« sei, weswegen Voigt den »legendäre[n] Vogel Strauß« bemüht (S. 9); zu pauschal bei der Kritik an »unfähigen Politikern« in der deutschen Sicherheitspolitik (S. 284); ungenau, wenn behauptet wird, dass die Bundeswehr dem Kommando der NATO »vollständig unterstellt« gewesen sei (S. 67, 117). Das alles mag noch angehen. Der wenig weiterführende Versuch jedoch, eine »besondere Kriegsneigung der Deutschen« (S. 34) historisch zu widerlegen, gerät allzu leicht in revisionistische Fahrwasser und müsste daher wesentlich ausführlicher

belegt werden. Den »Revanchekrieg« Polens gegen Deutschland im Jahr 1945 heranzuziehen, führt vollends auf eine schiefe Ebene, solange nicht deutlich wird, dass hier eine Form des Krieges dorthin re-importiert wurde, von wo sie 1939 ihren Ausgang nahm. Wer den Verlust der deutschen Ostgebiete richtigerweise unter das Rubrum »ethnische Säuberungen« fasst, muss dann auch die monströse NS-Rassen- und Vernichtungspolitik thematisieren!

Ein Zeichen dafür, wie nahe dem Autoren der festgestellte Wandel der Weltordnung geht, ist der bisweilen apokalyptische Ton, in dem das Fazit des Buches gehalten ist. Voigt zeichnet ein »beängstigendes Szenario« und fragt, »welcher Bestand (Rest) an Freiheitsrechten eigentlich bleibt, den zu verteidigen es sich lohnen würde« (S. 289). Diese Frage bleibt aktuell. Freilich ist sie bereits in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten variantenreich erörtert worden. Auch das fügt sich indessen in das Plädoyer, mit dem Voigt sein Werk einleitet: die Verzahnung der Staatswissenschaften (aber nicht deren »Restauration«) weiter voranzutreiben.

Martin Rink